Rundbrief 4/2002

Postvertriebsstück G 14081

Forum Umwelt & Entwicklung

ERNEUERBARE ENERGIEN

SCHLÜSSELFRAGE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

AUS DEM INHALT

- Die EU und Erneuerbare Energien nach Johannesburg – *Jürgen Maier*
- Joint Declaration by the EU, ... – The way forward on renewable energy
- Nachhaltige Energie für Entwicklung – *Stefan Schmitz*
- Dänemark - der frühere Vorreiter bei Erneuerbaren Energien – *Gunnar Boye Olesen*
- Energiepolitik in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung – *Walter Jungbauer*
- Die Arbeit der Deutschen Energie-Agentur – *Markus Kurdziel*
- Windenergie wird zu ernstzunehmender Alternative in der Stromerzeugung – *Andreas Wagner*

ERNEUERBARE ENERGIEN

SCHLÜSSELFRAGE NACHHALTIGER ENTWICKLUNG

INHALT

Editorial - *Jürgen Maier* 2

Schwerpunktthema: Erneuerbare Energien

- Die EU und Erneuerbare Energien nach Johannesburg – *Jürgen Maier* 3
- Joint Declaration by the EU, ... – The way forward on renewable energy 4
- Nachhaltige Energie für Entwicklung – *Stefan Schmitz* 5
- Dänemark - der frühere Vorreiter bei Erneuerbaren Energien – *Gunnar Boye Olesen* 9
- Energiepolitik in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung – *Walter Jungbauer* 10
- Die Arbeit der Deutschen Energie-Agentur – *Markus Kurdziel* 12
- Windenergie wird zu ernstzunehmender Alternative in der Stromerzeugung – *Andreas Wagner* 14

Aus den Arbeitsgruppen

- Der Emissionshandel als klimapolitisches Instrument in der Diskussion – *Dominik Bulla* 16

Weitere Berichte:

- 12. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen – *Manfred Niekisch* 17
- Trippelschritte im TRIPs-Abkommen – *Michael Frein* 19
- Aufbruch in Florenz – *Daniel Mittler* 20
- Lokale Agenda 21 hält Einzug in den Kölner Karneval – *Bettina Oehmen* 21
- Kommunikation und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie - ein Workshopbericht – *Gerald Knauf* 22
- „Nachhaltiges Deutschland - die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten" – *Sylvia Lorek* 22
- Klimagipfel in Neu Delhi: Kein Fenster in die Zukunft geöffnet – *Bernd Brouns/Manfred Treber* 23

Veranstaltungen / Publikationen 26

Impressum:
Herausgeber:
Projektstelle Umwelt & Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Telefon: 0228-35 97 04
Fax: 0228-923 993 56
E-mail: info@forumue.de
Internet: www.forumue.de

Verantwortlich: Jürgen Maier
Redaktion: Monika Brinkmöller
Serviceteil: Bettina Oehmen

Diese Publikation wurde vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) finanziell gefördert. Der Inhalt gibt nicht unbedingt die Meinung des BMZ wieder.

Die nächste Ausgabe des Rundbriefs erscheint im März 2003.

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

Ursprünglich wollten wir in diesem Heft die Initiative zum Ausbau Erneuerbarer Energien, die die EU beim Johannesburger Gipfel gestartet hat, breit vorstellen. Die von Bundeskanzler Schröder in Johannesburg verkündete Einladung zu einer grossen internationalen Konferenz über erneuerbare Energien Ende 2003/Anfang 2004 ist auch für die deutschen NRO eine wichtige Gelegenheit, das Thema Erneuerbare Energien nicht nur aus der deutschen Binnenperspektive anzugehen, sondern im Nord-Süd-Kontext einen wesentlich prominenteren Stellenwert einzuräumen. Schliesslich sind die weitaus meisten der Entwicklungsländer Ölimporteure und leiden enorm unter dem ständigen Devisenabfluss an die OPEC. Erneuerbare Energien sind eine Schlüsselfrage dafür, ob Entwicklungsländer den Pfad einer nachhaltigen oder einer konventionellen, laut Agenda 21 nicht zukunftsfähigen Entwicklung einschlagen. Auch wenn das Know-how der erneuerbaren Energien zunächst weitgehend aus den Industrieländern kommt, können doch die Produktionsstätten meist (im Gegensatz zu fossilen oder gar atomaren Energietechnologien) ohne gigantischen Kapitalaufwand und mit relativ überschaubarem Technologietransfer in Entwicklungsländern errichtet und dezentral betrieben werden. Sind die Anlagen einmal aufgebaut, sind erneuerbare Energien grundsätzlich heimische Energiequellen. Dezentraler Betrieb heisst auch: Im Gegensatz zu bereits einem einzigen grösseren Ölfeld ist es kaum vorstellbar, dass Kriege und Bürgerkriege über die Kontrolle von 1000 Windrädern oder Biogasanlagen ausbrechen.

Aber so ganz wollte es nicht gelingen, die EU-Initiative seitenweise zu präsentieren. Sie ist einfach noch zu unkonkret. Auch ein Vierteljahr nach Johannesburg gibt es ausser dem dort vorgestellten Text praktisch nichts. Die noch in Johannesburg angekündigten 80 Unterstützerländer entpuppen sich mittlerweile auch als eine deutlich bescheidenere Ländergruppierung: Außer den 15 EU-Ländern und 12 Beitrittskandidaten sind es bisher offenbar nur Norwegen, Island, die Schweiz, Neuseeland, Brasilien, Chile, Jugoslawien, Israel, Mexico, Singapur und Uganda, die nur mit dem en-bloc-Beitritt der Allianz der kleinen Inselstaaten AOSIS (43 Mitglieder, inklusive der bereits aufgeführten Singapur und Malta) auf eine Zahl von etwa 80 kommen. Versuche, aus der Bundesregierung oder der dänischen EU-Präsidentschaft irgendetwas herauszubekommen, was denn eigentlich konkret geplant wird, verliefen im Sande. Dänische NRO, die sich bei ihrer derzeit die EU präsidierenden Regierung nach dem Stand der EU-Initiative erkundigen, werden an die deutsche Regierung verwiesen. Diese wiederum geht ebenfalls auf Tauchstation und lässt - im Falle des federführenden Umweltministeriums - angebotene Gelegenheiten zur Selbstdarstellung mit der Johannesburger Initiative in diesem Rundbrief ungenutzt. Briefe und e-mails mit Interessensbekundungen von NRO, sich an der Initiative zu beteiligen oder sie zu unterstützen, wurden meist nicht einmal beantwortet.

Ich möchte es Ihnen überlassen, daraus Schlüsse zu ziehen. Für mich ist jedenfalls klar, dass EU und Bundesregierung langsam anfangen müssen, ihre Hausaufgaben zu machen, wenn die Initiative "The way forward on renewable energy" nicht zu einer PR-Luftnummer werden soll. Es wäre nicht das erste Mal, dass die EU sich angesichts schwieriger globaler Ausgangsbedingungen als Papiertiger entpuppen würde. Gefragt ist aber eine EU und eine Gruppierung gleichgesinnter Staaten, die den Ausbau erneuerbarer Energien und die damit verbundene Zurückdrängung der fossilen Lobby mit ähnlicher Energie konsequent vorantreibt, mit der sie früher einmal die Atomenergie vorantrieb und mit der heute noch die Bush-Administration die Interessen der Ölindustrie vertritt. Es geht hier um Aussenpolitik und Wirtschaftspolitik genauso wie um Entwicklungs- oder Umweltpolitik. Fragt sich nur, ob man in den europäischen Hauptstädten die Dimension der Johannesburger Initiative überhaupt selbst begriffen hat. Mit Halbheiten kommen wir bei der Jahrhundertaufgabe, ein global zukunftsfähiges Energiesystem noch in der ersten Hälfte dieses Jahrhunderts zu installieren, jedenfalls nicht vorwärts.

Jürgen Maier

Die EU und Erneuerbare Energien nach Johannesburg:

Wegweisende Initiative oder PR-Luftnummer?

Erneuerbare Energien waren einer der zentralen Streitpunkte von Johannesburg. Die EU-Initiative für den Ausbau erneuerbarer Energien, die in Johannesburg angesichts der Verhandlungsblockade des Gipfels gestartet wurde bietet neue Wege aus der Konsensfalle.

Der Anteil der erneuerbaren Energien an der globalen Primärenergieversorgung liegt bisher bei ganzen 13.8%, wobei dieser Zahl eine umfassende Definition von »erneuerbaren Energien« zugrundeliegt: nämlich einschliesslich von oftmals ausgesprochen problematischen Energiequellen wie Brennholz oder Grosswasserkraftwerke. Aber immerhin ist 13.8% eine Zahl, von der beispielsweise Deutschland noch meilenweit entfernt ist. Hierzulande kommen erneuerbare Energien bisher auf einen Primärenergieanteil von kümmerlichen 2%, in der EU auf ca. 6%.

Die EU wollte und konnte vor diesem Hintergrund natürlich nur mit gebremster Energie ambitionierte Ausbaupläne für erneuerbare Energien in Johannesburg vorschlagen. Allerdings war der EU-Vorschlag, einen Primärenergieanteil von 15% bis 2015 anzustreben, dann doch kaum mehr als eine Stabilisierung des heutigen Anteils, und zwar wohlgemerkt unter Einschluss der teilweise äusserst problematischen erneuerbaren Energiequellen wie Grosswasserkraftwerke. Aber unter Blinden sind die Einäugigen Könige, und so konnte die EU in Johannesburg mit ihren Vorschlägen durchaus Punkte sammeln. Dass Brasilien den Europäern die Schau zu stehlen versuchte und bis 2015 ein Ausbauziel von immerhin 10% neue erneuerbare Energien vorschlug, änderte daran auch nichts. Neue erneuerbare Energien sind moderne, tatsächlich ökologisch wie sozial nachhaltige Technologien von Solar über Wind bis zu moderner Biomassenutzung, und beinhalten vor allem keine Großwasserkraftwerke oder Brennholz aus Raubbau.

Ideologische Bedeutung

Dass USA und OPEC noch nicht einmal zu derart lauen Vereinbarungen bereit waren, zeigt allerdings, welche enorme symbolisch-ideologische Bedeutung erneuerbare Energien mittlerweile bekommen haben. Obwohl ein Zuwachs von 1.2% innerhalb von 13 Jahren die Vorherrschaft von Öl, Kohle und Gas kaum ernsthaft gefährden könnten, geht es längst ums Prinzip. Und darum, wie sich die Investitionsströme in den kommenden Jahrzehnten verteilen werden: gehen noch einmal 20-30 Jahre lang Billionensummen in fossile Technologien, oder verschieben sich die Investitionen zielstrebig in erneuerbare Technologien?

Hier geht es um weit mehr als einen Prinzipienstreit. Es geht hier um nicht weniger als Marktanteile in zentralen Zukunftsmärkten und geopolitische Dominanz. Während europäische Ölkonzerne wie BP oder Shell allmählich erkennen, dass den erneuerbaren Energien die Zukunft gehört, setzt die amerikanische Exxon alle Hebel in Bewegung, um ein energiepolitisches Umsteuern abzublocken, tatkräftig unterstützt von ihrer der Öllobby aufs engste verbundenen Regierung.

Es wäre sicherlich zu kurz gegriffen, Europas Wirtschaft blühende Zeiten und Amerikas Wirtschaft den Niedergang vorauszusagen, weil sich Europa rechtzeitig auf die Zukunftsmärkte der erneuerbaren Energien gestürzt hat. Kurz nach Verabschiedung des Kyoto-Protokolls 1997 verliess der letzte Solarzellenhersteller vorübergehend Deutschland und zog in die USA, weil dort Rahmenbedingungen wie Steuerlast und Lohnnebenkosten attraktiver waren bzw sind. In einer globalisierten Wirtschaft kann man den boomenden Solarzellenmarkt in Deutschland schliesslich auch von amerikanischen Produktionsstätten aus beliefern...

Neue Märkte

Dennoch ist es bemerkenswert, dass die Hersteller erneuerbarer Energietechnologien zu einem nach wie vor beträchtlichen Anteil eben keine Grosskonzerne, sondern kleine und mittelständische Unternehmen sind, die nun allmählich auch Schritte auf den Weltmarkt machen. Wenn etwa der deutsche Windkraftanlagen-Marktführer Enercon aus Ostfriesland mittlerweile in alle Welt exportiert und in Brasilien und Indien eigene Produktionsstätten betreibt, muss es schon zum Nachdenken anregen, wenn Enercon nach einem undurchsichtigen und dubiosen Gerichtsverfahren offiziell vom US-Markt ausgesperrt wird. Da passt es auch durchaus ins Bild, dass kurz vor dem Johannesburg-Gipfel die Bundesregierung eine »Exportoffensive Erneuerbare Energien« beschloss.

Es steht in der Tat nicht zu erwarten, dass die fossile Lobby tatenlos zusehen wird, wie sie nicht nur politisch immer mehr in die Defensive kommt, sondern ihr auch ökonomisch die Umsätze wegbrechen. Wegen Öl wurden und werden Putsche und Kriege inszeniert, zerfallen Staaten in blutigen Bürgerkriegen, und auch in vermeintlich friedlichen Industrieländern gehört die fossile Lobby zu den aggressivsten und durchschlagskräftigsten Akteuren, wenn man nur an Kohleindustrie und das Spediteursgewerbe denkt. Saudi-Arabien beginnt bereits,, die WTO gegen Klimaschutz und Unterstützung erneuerbarer Energien zu instrumentalisieren, obwohl es in der WTO bisher nur Beobachterstatus hat.

Der Ausbau erneuerbarer Energien auf respektable Marktanteile ist also eine eminent brisante politische Frage.

EU-Initiative

In diesem Kontext spielt sich die EU-Initiative "The way forward on renewable energy" (vgl. Seite 4) für den Ausbau erneuerbarer Energien ab, die in Johannesburg angesichts der Verhandlungsblockade des Gipfels gestartet wurde. Die NRO aus aller Welt haben diese Initiative sehr begrüßt und unterstützt, nicht nur weil sie inhaltlich richtig ist, sondern weil sie auch einen Weg aus der Konsensfalle der UN-Verhandlungen weist. Sobald eine radikale Minderheit es gezielt auf Blockade anlegt, ist das UN-System paralysiert. Die EU-Initiative ist daher in der Wahrnehmung vieler Beobachter und Akteure des Gipfels auch ein Versuch, den Multilateralismus kreativ weiterzuentwickeln.

Die EU hat nun hohe Erwartungen geweckt. Sie hat jetzt keine andere Whal mehr, als Taten folgen zu lassen.

Jürgen Maier

Der Autor ist Geschäftsführer der Projektstelle des Forums Umwelt & Entwicklung

Joint Declaration by the EU, ...

The way forward on renewable energy

1. We express our strong commitment to the promotion of renewable energy and to the increase of the share of renewable energy sources in the global total primary energy supply. We fully endorse the outcome of the world Summit on Sustainable Development, considering it a good basis for further international cooperation, and intend to go beyond the agreement reached in the area of renewable energy.

2. Increasing the use of renewable energy is an essential element to achieve sustainable development at national and global level. Renewable energy can provide important new ways to reduce pollution, diversify and secure energy supply and help provide access to energy in support of poverty eradication. Furthermore, the burning of fossil fuels is the biggest source of greenhouse gas emissions and these emissions need to be reduced to mitigate the adverse effects of climate change in order to achieve the ultimate objective of the United Nations Framework Convention on Climate Change to prevent dangerous climate change.

3. We commit ourselves to cooperate in the further development and promotion of renewable energy technologies. Recognising the sense of urgency as expressed in paragraph 19(e) of the Johannesburg Plan of Implementation, we will work together to substantially increase the global share of renewable energy sources, with regular review of progress, on the basis or clear and ambitious time bound targets set ant the national, regional and hopefully at the global level.

4. We have adopted, or will adopt, such targets fort the increase of renewable energy and we encourage others to do likewise. We are convinced that this will help to implement the necessary policies to deliver a substantial increase in the global share of renewable energy sources. Such targets are important tools to guide investment and develop the market for renewable energy technologies.

5. We commit ourselves to working with others to achieve this goal, especially through the partnership initiatives being taken which could contribute to expanding the use of renewable energy, as well as forthcoming international conferences on renewable energy.

Nachhaltige Energie für Entwicklung

Strategie, Programm und Handlungsfelder in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Armut und wachsende Entwicklungsunterschiede gehören zu den Grundproblemen des beginnenden neuen Jahrhunderts. Sie liegen an der Wurzel vieler anderer globaler Risiken und Gefährdungen. Schätzungsweise mehr als 2 Milliarden Menschen haben derzeit keinen oder unzureichenden Zugang zu einer modernen Energieversorgung.

Energie – Voraussetzung für Entwicklung

Über 1 Milliarde Menschen leben in extremer Armut. Sie verfügen über weniger als 1 US-$ pro Tag und Person. Die Mehrzahl von Ihnen sind Frauen und Mädchen. Etwa zwei Drittel der Armen in Entwicklungsländern leben in ländlichen Gebieten, doch nimmt auch die städtische Armut zu. In der Milleniums-Erklärung der Vereinten Nationen haben die Regierungen vereinbart, bis zum Jahre 2015 den Anteil der Armen an der Weltbevölkerung zu halbieren.

Forscht man nach den Ursachen von Armut, erhält man kaum gesicherte Erklärungen. Entsprechend ist die Entwicklungstheorie bis heute auch nicht in der Lage, verlässliche Rezepte für eine armutsreduzierende Entwicklung zu liefern. Allerdings scheinen langjährige Erfahrungen einen Beleg dafür zu liefern, dass es einige Schlüsselfaktoren gibt, die für die Bekämpfung der Armut von zentraler Bedeutung sind. So gehört der Zugang zu Energie – etwa neben Grundbildung, Basisgesundheitsversorgung und elementarer Verkehrsinfrastruktur – zu den Grundvoraussetzungen für die Verbesserung der Lebens- und Produktionsbedingungen. Er ist damit ein wichtiger Baustein für die Armutsbekämpfung.

Die Zusammenhänge zwischen Armut und Energiearmut sind sehr vielschichtig. Vor allem ist Energie von zentraler Bedeutung für die wirtschaftliche Entwicklung: Beispielsweise in der Landwirtschaft ermöglicht der Einsatz von Energie Produktivitätssteigerungen und Einkommensverbesserungen durch Wasserpumpen, gekühlte Lagerung, Weiterverarbeitung und Transport zu den Märkten.

Zugang zu Energie hat aber auch zahlreiche positive Wirkungen im Gesundheitsbereich. Moderne Energietechnologien ermöglichen beispielsweise den Zugang zu besserer medizinischer Versorgung (z.B. durch Kühlung von Impfstoffen und Medikamenten), die Verringerung von starken Arbeitsbelastungen (z.B. Transport von Wasser und Brennholz), oder die Reduzierung der Innenraum-Luftbelastung (Indoor-Air-Pollution), verursacht durch offene Feuer. Nach Zahlen der Weltgesundheitsorganisation WHO sind 20% der 10,9 Mio. Todesfälle im Jahr 1999 bei Kindern unter 5 Jahren auf akute Atemwegserkrankungen zurückzuführen. Auch wenn das Ausmaß der Wirkungen offener Herdstellen auf Atemwegserkrankungen nicht empirisch feststeht, ist doch in Fachkreisen unbestritten, dass hier ein enger Zusammenhang besteht.

Nachhaltige Energie – Vorteile für Entwicklung und Umwelt

Schätzungsweise mehr als 2 Milliarden Menschen haben derzeit keinen oder unzureichenden Zugang zu einer modernen Energieversorgung. Sie sind von Kerzen oder Kerosinlampen zur Beleuchtung, von Feuerholz und anderer Biomasse als Kochenergie und von Batterien als Stromquelle abhängig. Um diese Zahl von 2 Milliarden Menschen signifikant zu reduzieren, sind zukünftig vermehrte Anstrengungen notwendig.

Dieses Ziel, erheblich mehr Menschen Zugang zu modernen Formen von Energie zu verschaffen, wirft jedoch einige zentrale Fragen auf, die zuletzt auf dem Weltgipfel für nachhaltige Entwicklung in Johannesburg hohe politische Aufmerksamkeit erfuhren und kontrovers diskutiert wurden: Welche Konsequenzen hat dieses Ziel für die Umwelt? Wie können nachteilige Umweltwirkungen vermieden werden? Wer trägt die Verantwortung – und damit auch die Kosten – für die Umweltverträglichkeit der Ausweitung des Energieangebotes? Welche Energiestrategien sollten den Entwicklungsländern empfohlen werden?

Einerseits wird ein verbesserter Zugang zu modernen Energiedienstleistungen in vielen Fällen zu einer Reduzierung lokaler und regionaler Umweltbelastungen führen (z.B. bei Innenraum-Luftbelastung, städtischer Luftverschmutzung, Entwaldungen, Wüstenbildung). Andererseits wird hier eine Verschärfung der globalen Klimagefahren befürchtet. Bei nüchterner Betrachtung muss man jedoch eingestehen, dass in der Diskussion häufig die Klimawirksamkeit einer Basisversorgung der 2 Milliarden „Energie-Armen" deutlich überschätzt wird. Der Zugang zu modernen Brennstoffen für Kochzwecke für diese 2 Milliarden Menschen würde den globalen Verbrauch kommerziell gehandelter Energie gerade einmal um ca. 1% erhöhen, der Zugang zu Strom etwa 2% der gegenwärtig weltweit installierten Kapazitäten ausmachen. Das globale Klimaproblem hängt also weniger an der Basisversorgung der „Energie-Armen" dieser Welt als vielmehr an den Produktions- und Konsummustern sowie den Energiesystemen der vier Milliarden Menschen, die bereits heute Zugang zu Energie haben. Deren ineffiziente (d.h. verschwenderische) und überwiegend auf fossilen Energiequellen basierende Energieversorgung (einschl. Energieverbrauch für Industrie und Transport) ist das Hauptproblem.

Die Lösung dieses Problems liegt also nicht darin, den 2 Milliarden „Energie-Armen" den Zugang zu Energie zu verwehren, sondern weltweit die Energiesysteme zu „dekarbonisieren", d.h. Wachstum und Entwicklung vom Verbrauch fossiler Enegiequellen abzukoppeln:

1. Die Energieeffizienz muss erheblich gesteigert werden, z.B. durch Modernisierung von Kraftwerken, durch Reduzierung von Leitungsverlusten im Stromnetz oder durch energiesparende Elektrogeräte.
2. Technologien zur Nutzung erneuerbarer Energien („RE-Technologien") müssen erfördert werden. Dies muss „im großem Stil" erfolgen, weil nur bei deutlich größeren Stückzahlen die Stückkosten so sinken werden, dass diese Technologien sich „nachhaltig" am Markt durchsetzen können, d.h. wirtschaftlich und erschwinglich werden. Eine solche Kostenreduzierung durch Massenproduktion lässt sich vor allem dann erzielen, wenn RE-Technologien den Strom in große Stromnetze einspeisen.

Die Hauptverantwortung, die erforderlichen Technologien zur Marktreife zu ent-

wickeln und ihnen durch entsprechende Förderprogramme eine dauerhafte Durchsetzung am Markt zu ermöglichen, liegt bei den Industriestaaten. Aber auch die Entwicklungsländer können – wenn sie hierbei unterstützt werden – einen Beitrag zur Verbreitung „nachhaltiger Energien" leisten. Dabei gibt es mindestens vier gute Gründe, warum auch Entwicklungsländer auf „nachhaltige Energien" setzen sollten:

1. Die technisch-wirtschaftlichen Potenziale zur Erhöhung der Energieeffizienz sind gerade in den Entwicklungsländern enorm. Vielerorts zahlen sich Investitionen in eine solche Erhöhung, etwa im Kraftwerksbereich, innerhalb kürzester Zeit betriebswirtschaftlich aus.
2. Die natürlichen Potenziale für den Einsatz von RE-Technologien sind in vielen Entwicklungsländern besser als in Industriestaaten. Vielerorts weisen etwa Sonneneinstrahlung, potentielle Wasserkraft und Leistungsfähigkeit der Biosphäre beachtliche Energiedichten auf. Auch Windenergie und Geothermie besitzen in einigen Entwicklungsländern erhebliche Potenziale.
3. Siedlungsstrukturelle Gegebenheiten sprechen in vielen Entwicklungsländern für den Einsatz von RE-Technologien, die sich viel eher als konventionelle Energiesysteme für einen Einsatz im dezentralen Betrieb eignen. Auch in einer Welt mit stark zunehmender Verstädterung wird auf lange Zeit der Anteil der ländlichen Bevölkerung groß bleiben. Auch wenn Armut zunehmend ebenfalls ein Problem der Städte mit ihren wachsenden Slums ist: Armut ist und bleibt zunächst einmal ein Problem der ländlichen Regionen. Insbesondere „Energie-Armut" ist typisch für entlegene dörfliche Siedlungen und Streusiedlungen. Aufgrund der geringen Dichte sprachen Kostengründe bisher gegen einen Ausbau der Stromnetze, und dies dürfte sich wohl auch in Zukunft nicht wesentlich ändern. RE-Technologien, entweder im völlig unvernetzten Betrieb oder zu Mininetzen aggregiert, können hier völlig neue Perspektiven für die ländliche Bevölkerung bieten.
4. Sowohl bei der Steigerung der Energieeffizienz als auch bei der Verbreitung erneuerbarer Energien handeln viele Entwicklungsländer durchaus im eigenen makroökonomischen Interesse, denn sie nutzen lokale Energieressourcen, erhöhen die Sicherheit ihrer Energieversorgung und mindern die Abhängigkeit vom Import fossiler Brennstoffe. Sie wären in der Lage, sich von importierten Energieträgern unabhängiger zu machen und die frei werdenden Mittel für Entwicklungsmaßnahmen einzusetzen. Es wird häufig unterschätzt, welch große wirtschaftliche Bedeutung die nicht vorhersehbare Schwankung des Preises für Öl und andere fossile Energien für Energieimport-Länder hat. Gerade für viele Least-Developed Countries (LDC's) wirken sich Ölpreissteigerungen verheerend auf das Verschuldungsniveau aus und können die positiven Wirkungen von Schuldenreduzierungen und Schuldenerlassen völlig kompensieren.

Überwindung der Hemmnisse für nachhaltige Energie – Grundlagen einer Strategie in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit

Trotz dieser guten Gründe für „nachhaltige Energien" stehen viele Entwicklungsländer einer entsprechenden Förderung immer noch skeptisch gegenüber. Vor allem im Hinblick auf eine Verbreitung von RE-Technololgien heißt es häufig: „Zu teuer!" In der Tat sind Kostengesichtspunkte der Dreh- und Angelpunkt für die breite Durchsetzung von „nachhaltiger Energien", insbesondere von RE-Technologien. Wenn sich hier die reichen Industriestaaten schon schwer tun, wundert die Zurückhaltung der wirtschaftlich schwächeren Entwicklungsländer nicht.

Was die Wirtschaftlichkeit von RE-Technologien in Entwicklungsländern angeht, müssen grundsätzlich zwei Fälle unterschieden und entsprechend auch bei der Strategiebildung im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit berücksichtigt werden:

1. Bereits heute sind verschiedene RE-Technologien unter bestimmten Voraussetzungen bereits die kostengünstigste Option, wenn man über den gesamten Lebenszyklus einer Anlage rechnet. Dies gilt in erster Linie für Anwendungsfälle im dezentralen, netzfernen Betrieb. Dass unter solchen Einsatzbedingungen RE-Technologien sich trotzdem noch nicht massenhaft verbreitet haben, liegt daran, dass sie zwar (über den Lebenszyklus) am kostengünstigsten, trotzdem aber für die Bevölkerung unerschwinglich sind. Hierbei ist zu bedenken, dass grundsätzlich jede Form dezentraler, netzungebundener Stromversorgung (Batterien, Dieselgeneratoren, Solaranlagen usw.) relativ teuer gegenüber Strom aus einem Netz ist. Dies trifft insbesondere die arme ländliche Bevölkerung, der wegen geringer Zahlungsfähigkeit und mangelndem Zugang zu Krediten in der Regel nichts anderes übrig bleibt, als sich für die Energie mit der geringsten Anfangs-Investition zu entscheiden. So kommt es, dass viele Menschen in Entwicklungsländern im Laufe ihres Lebens einen erheblichen Teil ihres geringen Einkommens etwa für Batterien, Kerzen und Kerosin verwenden, weil ihnen die hohe Anfangs-Investitionen z.B. in eine Solaranlage nicht möglich sind. Um dieses Hemmnis zu durchbrechen, sind innovative Markterschließungs- und Finanzierungsinstrumente erforderlich, die zusätzliche Projektentwicklungskosten verursachen.
2. Daneben gibt es aber noch viele Fälle, wo RE-Technologien nicht die kostengünstigste Option darstellen. Dies gilt insbesondere dann, wenn erneuerbare Energien – sieht man einmal von großen Wasserkraftwerken und geothermischen Kraftwerken ab – in ein Stromnetz eingespeist werden. Für einen längeren Zeitraum werden Subventionen erforderlich sein, um die Märkte für erneuerbare Energien zu entwickeln und deren Kosten zu senken. Vor allem in diesen Fällen liegt die Hauptverantwortung bei den Industriestaaten. Sie müssen die Märkte entwickeln und so die Kosten senken. Aber nicht nur in den Industriestaaten sondern auch in den Entwicklungsländern muss es möglich sein, die gegenwärtig erheblichen Subventionen von konventionellen Energiesystemen abzubauen bzw. diese Subventionen in zukunftsfähige Energien umzulenken.

Neben den unmittelbar wirksamen Kostennachteilen gibt es weitere Hemmnisse für die Verbreitung von RE-Technologien, die ebenfalls angegangen werden müssen. So müssen beispielsweise vorhandene (Zoll-)Barrieren für den grenzüberschreitenden Handel von RE-Technologien abgebaut werden. Außerdem bedürfen

RE-Technologien einer erheblich größeren Standardisierung, um sich am Markt behaupten zu können., Schließlich müssen Kapazitäten für Vertrieb und Wartung von RE-Technologien erheblich ausgeweitet werden.

Das Programm „Nachhaltige Energie für Entwicklung"

Die Bundesregierung hat in Johannesburg angekündigt, dass sie mit einem Programm „Nachhaltige Energie für Entwicklung" die Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern zu einer strategischen Partnerschaft ausbauen wird. Dafür werden in den nächsten fünf Jahren insgesamt 1 Mrd. Euro bereitgestellt: 500 Mio. Euro für erneuerbare Energie und 500 Mio. Euro für die Steigerung der Energieeffizienz. Die Bundesregierung will den Partnerländern dabei helfen, durch den Ausbau nachhaltiger Energiesysteme den Zugang zu sauberer Energie zu verbessern, die Armut zu überwinden sowie klima- und umweltschädliche Formen der Energie zu ersetzen. Die Bundesregierung baut mit diesem Programm auf den bereits laufenden Maßnahmen im Energiesektor der Entwicklungsländer auf. Zur Zeit fördert das BMZ beispielsweise etwa 70 Projekte für erneuerbare Energie in 40 Kooperationsländern.

Die Finanzmittel werden im Rahmen der bewährten Instrumente der finanzielle und technische Entwicklungszusammenarbeit eingesetzt. In der bilateralen Zusammenarbeit werden Projekte oder Programme für erneuerbare Energie von den Partnerländern vorgeschlagen und zwischen den Regierungen vereinbart. Die operative Durchführung liegt den Händen vor allem von KfW und GTZ.

Diese finanzielle Zusage ist der Kern eines umfassenden Programms „Nachhaltige Energie für Entwicklung". Mit diesem Programm will die Bundesregierung nicht nur die bilaterale Zusammenarbeit im Energiebereich stärken, sondern auch neue Wege für öffentlich-private Partnerschaften bereiten und vermehrt strategische Partnerschaften in der multilateralen Zusammenarbeit für eine Förderung „nachhaltiger Energie" bilden. Mit diesen drei Zielsetzungen – bilaterale Kooperation, Partnerschaften mit der Privatwirtschaft und multilaterale Zusammenarbeit – wird sich auch die Konferenz für erneuerbare Energien befassen, zu der Deutschland – wie von Bundeskanzler Schröder in Johannesburg angekündigt – im kommenden Jahr einladen wird.

Im Rahmen des ausgeweiteten Engagements unterstützt die Bundesregierung auch wichtige internationale Initiativen, die auf dem Weltgipfel in Johannesburg gestartet wurden. Dies betrifft insbesondere die EU-Initiative „Energy for Poverty Reduction and Sustainable Development" (europa.eu.int/comm/environment/wssd/energy_poor.pdf), die „Global Village Energy Partnership" (www.gvep.org) und das „Global Network on Energy for Sustainable Development" (www.gnesd.org). Außerdem war Deutschland im Rahmen der EU in Johannesburg an einer gemeinsamen Deklaration „The Way Forward on Renewable Energy" (www.un.org/events/wssd/statements/jointdeclaration.htm) beteiligt, für deren Unterstützung nun bei anderen Staaten geworben wird. Absicht ist die Schaffung einer breiten internationalen Basis für das politische Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien an der weltweiten Primärenergiebasis zu erhöhen.

Handlungsfelder der deutschen Entwicklungszusammenarbeit im Energiebereich

Um das Ziel der Armutsbekämpfung und Entwicklungsförderung bei gleichzeitiger Beachtung globaler Umwelterfordernisse zu erreichen, ist die deutsche Entwicklungszusammenarbeit im Energiebereich in mehreren Schwerpunktbereichen tätig, von denen die sechs wichtigsten abschließend kurz beschrieben werden.

Politikberatung zur nachhaltigen Ausrichtung des Energiesektors

Die Vorgabe klarer Rahmenbedingungen, ergänzt durch gezielte Sektorpolitiken, etwa zur effizienten Energienutzung, zum Einsatz umweltschonender Energietechnologien oder zur Verbesserung der ländlichen Energieversorgung, sind Voraussetzung für eine zukunftsfähige Ausrichtung des Energiesektors.

Im Rahmen des globalen Trends zu Sektorreformen und Liberalisierung hat sich auch in vielen Entwicklungsländern die Rolle des Staates gewandelt. Der Staat ist heute in einer zunehmenden Anzahl von Ländern nicht mehr selbst an der Energieversorgung beteiligt, sondern vielmehr für die Vorgabe transparenter Rahmenbedingungen zuständig. Daraus sind neue Herausforderungen an die Steuerungsfähigkeit des Staates und zur Entwicklung marktkonformer Regulierungsmechanismen entstanden.

In diesem Sinne berät die deutsche Entwicklungszusammenarbeit die zuständigen staatlichen Institutionen in den Partnerländern bei ihrer Rollendefinition und der effizienteren und effektiveren Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Aufgaben, wie Politik- und Strategieformulierung, Gesetzgebung, Informationsbereitstellung, Sektorkoordination, Überwachung und Monitoring der Sektoraktivitäten.

Von zentraler Bedeutung ist dabei die Schaffung fairer Wettbewerbsbedingungen, die Verbesserung des Investitionsklimas für die Privatwirtschaft und die Schaffung kostendeckender Tarife. Die Reduzierung von Subventionen, die in vielen Entwicklungsländern auf Elektrizität oder Brennstoffe noch getätigt werden, ist dabei eine wichtige Forderung, wenn man zukunftsfähigen Optionen wie erneuerbaren Energien und Energieeffizienz eine faire Chance geben will. Die sozialen Zielsetzungen die diesen Energiesubventionen oft zugrunde liegen, können durch gezielte soziale Programme in aller Regel effizienter erreicht werden.

Neben nationalen Politikberatungsansätzen werden auch internationale und regionale Institutionen in Fragen der regionalen Integration, Harmonisierung der Gesetzgebung oder Identifikation länderübergreifender Projekte beraten. Geberkoordinierung und Politikdialog sind weitere Mittel, um einen nachhaltige Weg der Energieversorgung zu erreichen.

Erneuerbare Energien im Netzbetrieb

In den nächsten Jahren sind vornehmlich durch den Ausbau der Windkraftnutzung umweltschonende und kosteneffiziente Beiträge zur Stromerzeugung und zur Minderung von Treibhausgasen zu erwarten. Aber auch solarthermische, geothermische und Biomasse-befeuerte Kraftwerke bieten zukunftsfähige Optionen.

Die Entwicklungszusammenarbeit unterstützt mit verschiedenen Programmen bei der Identifizierung, Analyse, Finanzierung und Umsetzung entsprechender Vorhaben. Beispielsweise bei der Nutzung der Windkraft hat Deutschland einen international anerkannten Erfahrungsvorsprung. Knapp 40% der weltwei-

ten Windkraftkapazitäten wurden in den letzten Jahren in Deutschland errichtet. Die Entwicklungszusammenarbeit leistet hier einen wichtigen Beitrag zum Know-how- und Technologietransfer.

Erneuerbare Energien zur Verbesserung der netzfernen Energieversorgung

In den vergangenen Jahrzehnten wurden eine Vielzahl von Technologien, Verbreitungskonzepten und Förderinstrumenten erprobt, so dass sich der Schwerpunkt der Entwicklungszusammenarbeit weg von Demonstrations- hin zu breitenwirksamen Verbreitungsprogrammen verlagert hat. Wesentliches Kriterium für die wirtschaftliche Nachhaltigkeit der Verbreitungsansätze ist ihre möglichst marktkonforme Ausrichtung. Dazu ist die Einbindung der lokalen und internationalen Lieferindustrie unabdingbar. Vor allem folgende Technologien haben sich bewährt:

- Kleinwasserkraftwerke für kleinräumige Netze,
- Anlagen zur effizienten Nutzung oder Substitution von traditioneller Biomasse, insbesondere für Kochzwecke,
- Anlagen zur photovoltaischen Stromversorgung, z.B. Batterieladestationen oder sog. "Solar Home Systems" (SHS) zur individuellen Haushaltsversorgung, Stromversorgung von Einrichtungen der sozialen und wirtschaftlichen Infrastruktur wie ländliche Krankenstationen, Schulen, Kommunikationseinrichtungen, photovoltaisch betriebene Pumpen zur Trink- und Tränkwasserförderung sowie zur kleinflächigen Bewässerung.

Energieeinsparung und Steigerung der Energieeffizienz

Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz bilden derzeit die wichtigste Option zur Minderung der Abhängigkeit von fossilen Rohstoffen und zur Reduzierung der CO_2-Emissionen.

Die Palette der Einwirkungsmöglichkeiten umfasst sowohl die Verbesserung der Energieerzeugung und -verteilung (Bau oder Rehabilitierung von Kraftwerken mit besserem Wirkungsgrad, Senkung von Leitungsverlusten durch Investitionen in Übertragungs- und Verteilungssysteme) als auch die Effizienzsteigerung auf der Verbraucherseite (Industrie, Haushalte, Verkehr) sowie Energieeinsparmaßnahmen in Gebäuden. Im Vordergrund stehen dabei Maßnahmen, die unter den lokalen Bedingungen einzelwirtschaftlich rentabel sind. Der zentrale Ansatzpunkt der deutschen Entwicklungszusammenarbeit ist daher die Förderung von Beratungsstrukturen, die möglichst privatwirtschaftlich ausgerichtet werden sollen.

Verbesserung konventioneller Kraftwerkstechnologien

Noch für viele Jahrzehnte werden fossile Energieträger eine wesentliche Rolle im Brennstoffmix von Industrie- und Entwicklungsländern spielen. Länder wie die VR China und Indien weisen enorme Wachstumsraten bei gleichzeitiger hoher Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, insbesondere Steinkohle auf.

Umfassende Projektansätze zur Verbesserung konventioneller Technologien – beispielsweise im Falle der Kohletechnologie entlang der gesamten Brennstoffkette von der Kohleaufbereitung und Kohleentschwefelung bis zur Kraftwerkseinsatzoptimierung und der Netzverlustreduzierung – sind und bleiben deshalb von höchster umwelt- und klimapolitischer Relevanz. Diese Maßnahmen zeichnen sich generell durch eine hohe Kostenwirksamkeit aus, d.h. höchste Reduktion der Umweltbelastungen bei gegebenem Mitteleinsatz.

Maßnahmen zur Umsetzung der Klimarahmenkonvention

Die Entwicklungszusammenarbeit berät derzeit rund 20 Entwicklungsländer dabei, ihre Optionen zur Vermeidung von Treibhausgasemissionen zu untersuchen, die organisatorischen Strukturen zu schaffen, um später einmal den Clean Development Mechanism (CDM) zu nutzen und um konkrete CDM-taugliche Projekte zu identifizieren.

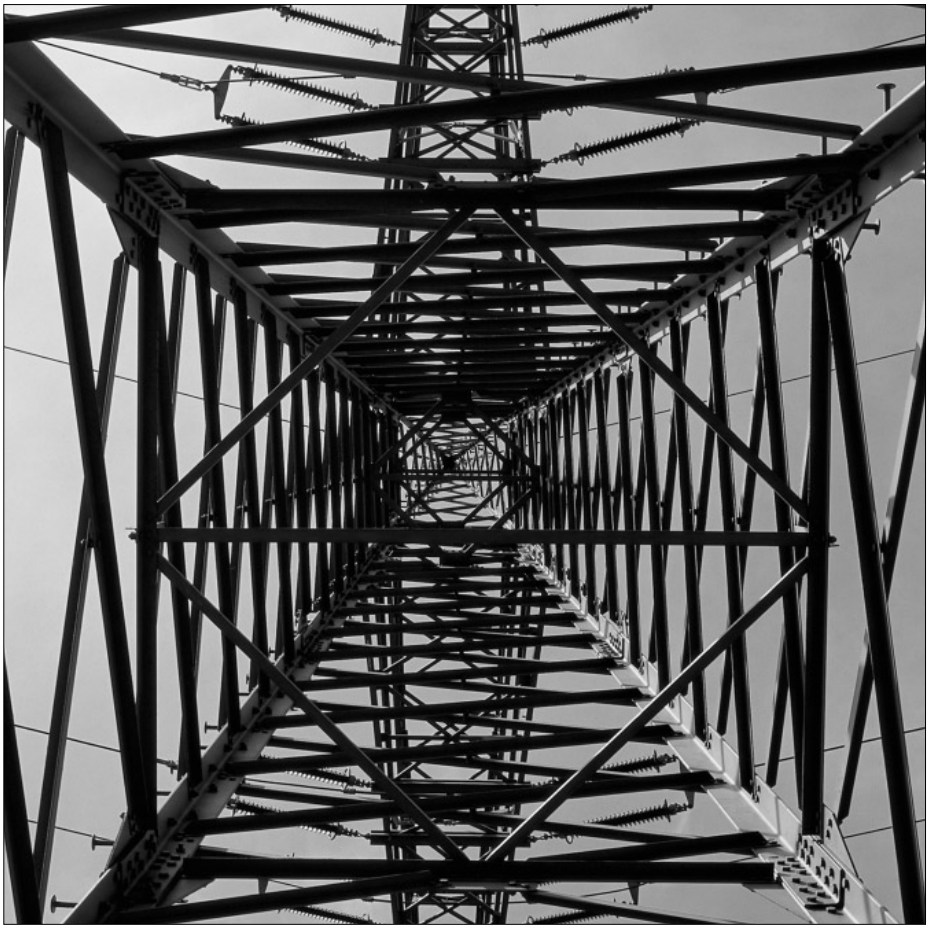
Die neuen Kooperationsformen und Mechanismen, die das Kioto-Protokoll im Dienste des Klimaschutzes anstrebt, bieten Vorteile für Industrie- und Entwicklungsländer. Die deutsche Entwicklungszusammenarbeit sieht in der Nutzung der Flexiblen Mechanismen des Kioto-Protokolls die Chance, zusätzlich private Mittel für Investitionen in klimafreundliche Technologien in Entwicklungs- und Transformationsländern zu mobilisieren. Daraus ergibt sich eine verstärkte Hebelwirkung der von der Bundesregierung zur Finanzierung von Infrastruktur-Maßnahmen bereitgestellten Fördermittel. Durch den damit verbundenen Technologie- und know-how-Transfer werden gleichzeitig die Voraussetzungen für eine nachhaltige Entwicklung in den Partnerländern geschaffen.

Dr. Stefan Schmitz

Der Autor ist Mitarbeiter im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, Referat „Wasser, Siedlungswesen, Infrastrukturfragen"

Dänemark – der frühere Vorreiter bei Erneuerbaren Energien

Mehrere Jahre rasanter Entwicklung von Windenergie und anderen erneuerbaren Energieträgern hatten Dänemark an die Spitze der Förderer erneuerbarer Energie gebracht, als im November letzten Jahres die derzeit amtierende liberal-konservative Regierung an die Macht kam.



Durch das positive Wachstum erneuerbarer Energie erreichte Dänemark im Vergleich zu anderen Industrieländern mit 13 Prozent im Jahr 2001 den höchsten Anteil an der Nutzung von Windenergie an der Stromerzeugung.

Gute Exportentwicklung

In großem Maßstab wurden nicht nur Windkraftanlagen, sondern auch Biomasse-Kessel und andere Geräte für die Nutzung erneuerbarer Energie exportiert. Diese Politik zur Förderung der erneuerbaren Energie war die erfolgreichste Tat der vorherigen Regierung zur Reduzierung der Treibhausgasemissionen.

Vor diesem Hintergrund war es für sehr viele Menschen eine große Überraschung, dass die neue Regierung geschwind die Programme zur Förderung der erneuerbaren Energien kürzte, nachdem sie an die Macht gekommen war: Von 2001 bis 2002 kürzte sie Gelder für Information und Beratung, Entwicklung und Demonstrationsaktivitäten. Ebenso wurde die Investitionsförderung um mehr als 90 Prozent und die Forschungsprogramme um mehr als 50 Prozent gekürzt.

Die Argumente für die Kürzungen waren, dass erneuerbare Energien die Unterstützung nicht mehr nötig haben, dass die Regierung den gesamten Bereich des Staatshaushaltes kürzen wollte (es wurde auch eine ganze Reihe von Umweltprogrammen und auch Teile der Entwicklungshilfe gestrichen) und das die Klimaziele auch durch die Anwendung der Flexiblen Mechanismen des Kyoto-Protokolls erreicht werden können. Neben diesen Kürzungen wurden Energiesteuern für die Industrie gesenkt und die Garantiepreise für Strom aus erneuerbaren Energien herabgesetzt.

Nach diesen vorschnellen Kürzungen von Programmen zur Förderung der erneuerbaren Energien war es wiederum eine Überraschung, dass die dänische Regierung sich auf dem Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg so stark für die erneuerbaren Energien einsetzte. Als Inhaberin der EU-Präsidentschaft spielte die dänischen Regierung eine führende Rolle bei den Verhandlungen über festgelegte Ziele zum Anteil erneuerbarer Energien. Als sich abzeichnete, dass diese Gespräche nicht zu den gewünschten Ergebnissen führen würden – nämlich einem globalen Ausbauziel für den Anteil erneuerbarer Energie – engagierte sich Dänemark bei den Vorbereitungen zu einer Erklärung für Erneuerbare Energie, der allein in Johannesburg 70 Länder zustimmten.

Konsequenzen für Dänemark?

Jetzt, einige Zeit nach Johannesburg, stellt sich die offensichtliche Frage, ob die positive Einstellung der dänischen Regierung auf dem Weltgipfel überhaupt irgendeinen Effekt auf die Entwicklungen in Dänemark haben wird. Wenn man den Staatshaushalt für 2003 anschaut, deutet ein geringfügiger Anstieg des Budgets für Energie-Forschung an, das die Regierung ihre Kürzungen von 2002 vielleicht doch für ein kleines bisschen zu hochgegriffen hält.

Der wirkliche Test kommt aber erst am Ende des Jahres, wenn der neue Nationale Klima-Aktionsplan von der Regierung herausgegeben wird.

Bisher hat die Regierung nur minimale Informationen über den Plan veröffentlicht. Unglücklicherweise gibt es keine Anzeichen dafür, dass Dänemarks deutlicher Einsatz für erneuerbare Energie beim Weltgipfel zu Verbesserungen im eigenen Land führen wird.

Gunnar Boye Olesen

Der Autor ist Referent für Europäische Angelegenheiten in der dänischen Organisation für Erneuerbare Energien und Koordinator des Internationalen Netzwerks für Nachhaltige Energie

Energiepolitik in der rot-grünen Koalitionsvereinbarung

Empfehlenswert – mit Einschränkungen

Wenn Rot-Grün das schafft, was sich die beiden Parteien laut Koalitionsvereinbarung vorgenommen haben, wird Deutschland am Ende dieser Legislaturperiode energiepolitisch einige weitere wichtige Schritte im Rahmen der notwendigen Energiewende zurückgelegt haben.

Die Koalitionsvereinbarung verspricht im wesentlichen eine Fortführung der Energiepolitik der letzten Legislaturperiode, die vor allem im Bereich der neuen erneuerbaren Energien sehr erfolgreich war; genau hier werden auch weitere konkrete Ausbauziele und Instrumente genannt. Dennoch werden – geht es nur nach der Koalitionsvereinbarung – wesentliche Elemente einer Energiewende in der Energiepolitik bis 2006 noch nicht konsequent genug angegangen sein. Hier sind während der Legislatur noch wichtige Nachbesserungen notwendig. Dies gilt insbesondere für die Bereiche Atomausstieg und Energieeffizienz.

Weiterer Ausbau regenerativer Energien

Konkret ist auf der Positiv-Seite zu verbuchen, dass der in der letzten Legislaturperiode eingeleitete Ausbau der neuen erneuerbaren Energieträger (regenerative Energien – REG) weiter vorangetrieben wird. Es ist zu erwarten, dass es in einer Novelle des Erneuerbare Energien Gesetzes (EEG) zu einer gewissen Anpassung der Fördersätze kommen wird. Vereinzelte Stimmen aus dem Bundesumweltministerium (BMU) verursachen dabei allerdings Bauchschmerzen, wenn – wie kürzlich von einem BMU-Ministerialen auf einem Abfallkolloquium geäußert – darüber nachgedacht wird, den biogenen Anteil von Siedlungsabfall bei der Müllverbrennung oder in der industriellen Coverbrennung durch das EEG förderfähig zu machen. Dies würde das EEG nachhaltig diskreditieren und sich kontraproduktiv auf die eingeleitete Energiewende auswirken.

Begrüßenswert ist dagegen, dass beim Ausbau von REG für das Marktanreizprogramm außerdem eine konkrete Fortentwicklung festgeschrieben wird. Neben den zur Verfügung stehenden Finanzmitteln, die den Branchen der erneuerbaren Energien Kontinuität und Sicherheit bieten wird, ist vor allem auch die erfreuliche Steigerung derselben sehr positiv zu vermerken.

In der Koalitionsvereinbarung ist darüber hinaus eine ausdrückliche Förderung auch der regenerativen Wärme, die im EEG nicht berücksichtigt ist, vorgesehen.

Die Bereitstellung von Wärme besitzt derzeit am gesamten Energieverbrauch in Deutschland einen Anteil von rund 57%. Dieser Wärmebedarf wird wiederum mit 54% vom Raumwärmebedarf dominiert. Derzeit kommen im Wärmemarkt noch vor allem fossile Rohstoffe wie Erdöl und Erdgas zum Einsatz. Beides begrenzte Ressourcen mit klimarelevanten Emissionen. Die Förderung regenerativer Wärme ist daher sowohl unter Umweltschutzaspekten als auch hinsichtlich der Notwendigkeit der Ressourcenschonung überaus begrüßenswert.

Welches Instrument zur Förderung entwickelt wird, ist derzeit noch offen.

Defizite im Bereich Energieeffizienz

Schwachpunkte muss man bei der Beurteilung der Koalitionsvereinbarung im Zusammenhang mit dem Themenkomplex rationeller Energienutzung / Energieeffizienz (rationelle Energienutzung – REN) konstatieren. Hier liegen noch enorme ungenutzte Potentiale verborgen. Gerade auch für den Arbeitsmarkt könnte hier durch konsequente Maßnahmen ein wichtiger Jobmotor angeworfen werden.

Momentan decken die fossilen Energieträger Mineralöl, Kohle und Erdgas rund 85 Prozent des deutschen Primärenergieverbrauchs. Da das gesetzte Ziel, REG bis 2010 im Vergleich zu 2000 zu verdoppeln, ungefähr die Verminderung des Atomstroms durch Auslaufen der Atomkraftnutzung kompensieren wird, wird der Einsatz fossiler Energieträger nur in dem Maß sinken, in dem der Primärenergieverbrauch verringert wird. Daher benötigen wir – begleitend zum weiteren Ausbau von REG – in der neuen Legislaturperiode eine Offensive im Bereich REN. Notwendig sind u.a. verstärkte Anstrengungen im Bereich Altbausanierung, wo ohne Komfortverlust allein durch Wärmedämmung, Wärmeschutzfenster und die Umrüstung veralteter Heizungsanlagen rund 50% des derzeitigen Energieaufwandes in diesem Bereich eingespart werden könnte, und ein forcierter Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK), in dem das bedeutendste kurzfristig umsetzbare Potential zur Reduktion des Primärenergieverbrauchs liegt.

Angesichts dieser Fakten hätte der Bereich der Energieeffizienz in der Koalitionsvereinbarung deutlichere Betonung erfahren müssen. Über den hochgestimmten Erwartungen in Blick auf den Ausbau von REG besteht hier leicht die Gefahr, den für eine zukunftsfähige Energiewende begleitend notwendigen intensivierten Ausbau des Bereichs REN zu übersehen.

Zwar begrüßt der BUND ausdrücklich das vorgesehene Förderprogramm zur Errichtung von Passivhäusern mit 30.000 Wohneinheiten. Aber die dringend notwendige Novellierung der Energieeinspar-Verordnung (EnEV) ist nicht zu finden. Sie wäre notwendig, um verschärfte Anforderungen an die Altbausanierung zu stellen und die Anforderungen an Neubauten durchgängig auf den wirklichen Niedrigenergiehausstandard anzuheben. Niedrigenergiehäuser, die vor rund zehn Jahren gebaut wurden, unterschreiten die Anforderungen der geltenden EnEV bereits um 20 bis 30%. Zudem hätten mit einer Novelle der EnEV flächendeckend und verpflichtend Energiepässe für alle Gebäude eingeführt werden müssen.

Auch im Bereich Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) ist die Vereinbarung eher defizitär. Zwar wird nochmals betont, dass der Ausbau von KWK vorangetrieben werden soll, aber dabei beruft sich die Bundesregierung auf die in der letzten Legislaturperiode getroffene Vereinbarung mit der Industrie und das darauf aufbauende KWK-Gesetz. Angesichts der Tatsache, dass – wie vom Bundesverband Kraft-Wärme-Kopplung (B.KWK) zu erfahren – schon jetzt absehbar ist, dass die mit dem KWK-Gesetz angestrebten Ziele beim KWK-Ausbau nicht erreicht, vielmehr massiv unterlaufen werden, wäre es sinnvoll gewesen, das für 2004 vorgesehene Monitoring auf 2003 vorzuziehen und bereits jetzt eine verbindliche Quoten-Regelung zum KWK-Ausbau vorzubreiten.

Regulierung bei Liberalisierung fehlt

Die Liberalisierung der Energiemärkte in Deutschland vor etwa 4 Jahren wurde anscheinend als Deregulierung missver-

standen. Wettbewerbsbegründende und wettbewerbssichernde Regelungen, wie beispielsweise eine eigentlich notwendige und überfällige Netzzugangsverordnung für Strom, wurden vermieden. In der rot-grünen Koalitionsvereinbarung von 1998 war dagegen noch ein diskriminierungsfreier Netzzugang durch klare rechtliche Regelung vorgesehen.

Die Auswirkungen: Von ehemals acht Verbundunternehmen sind seit Beginn der Liberalisierung fusionsbedingt noch vier übrig geblieben, die sich zu weit mehr als 80% den Kuchen der Stromerzeugung teilen – RWE mit 255 Mrd. kWh, E.ON mit 211 Mrd. kWh, EnBW mit 78 kWh und Vattenfall mit 102 Mrd. kWh. Eine solch zentralistische Struktur in der Energieversorgung behindert den umweltfreundlichen und dezentralen Ausbau von REG und KWK massiv. Viele kleine und mittlere Unternehmen, die zu Beginn der Liberalisierung den Markteintritt versucht haben, haben schon lange wieder aufgegeben. Das Bundeskartellamt bezeichnete die anfänglich im Zuge der Liberalisierung eingetretenen Strompreissenkungen bei den großen Energieversorgern als das Bestreben der marktbeherrschenden Anbieter, Neueinsteiger vom angestammten Versorgungsgebiet fernzuhalten. Gleichzeitig sind die deutschen Netznutzungsentgelte nach einem Bericht der EU-Kommission vom Frühjahr 2002 die höchsten in der EU.

Aus diesem Grund benötigen wir für den liberalisierten Strommarkt dringend eine von Politik und Unternehmen unabhängige Regulierungsinstitution, die zum einen einen diskriminierungsfreien Netzzugang gewährleisten und zum zweiten die Höhe und Struktur der Netznutzungsentgelte festlegen muss.

Daher ist auch das in der Koalitionsvereinbarung beschriebene Vorhaben der Bundesregierung, die bereits vorliegende Energierechtsnovelle (Energiewirtschaftsgesetz – EnWG) umgehend unverändert in den Bundestag einbringen zu wollen als problematisch zu bezeichnen und nicht zielführend. Denn diese Novelle beruht auf einer Verbändevereinbarung der großen Energieversorger, in der von einer Regulierungsbehörde nichts zu finden ist.

Zudem wird es zum 01.07.2004 auf Grund einer EU-Richtlinie ohnehin notwendig sein, das EnWG erneut zu novellieren, so dass die vorliegende, ungenügende Energierechtsnovelle schon wieder veraltet ist, bevor sie in Kraft tritt.

Zähes Auslaufen der Atomenergie

Ceterum censeo können die Regelungen im Bereich Atompolitik nicht unerwähnt bleiben. Das AKW Obrigheim, so war es im „Atomkonsens" zwischen Bundesregierung und Atomindustrie vereinbart, sollte eigentlich zum 31. Dezember 2002 abgeschaltet werden. Nun wurde auf Grund einer unsäglichen, während der „Konsens"-Verhandlungen getroffene Geheimabsprache zwischen EnBW-Chef Goll und Bundeskanzler Schröder einer Strommengenübertragungen von 5,5 Terra-Watt-Stunden (TWh) vom AKW Philippsburg 1 auf den Uralt-Meiler in Obrigheim zugestimmt, die durch nichts zu rechtfertigen ist. Zudem hat sie möglicherweise zur Folge, dass in der aktuellen Legislaturperiode außer dem Atomkraftwerk Stade kein einziges AKW endgültig vom Netz gehen wird.

Bei Obrigheim handelt es sich um das älteste und kleinste Atomkraftwerk, welches vom Sicherheitsstandard nicht einmal gegen den Absturz eines Militärflugzeugs abgesichert ist. Auch das Notkühlsystem ist nicht ausreichend konservativ angelegt. Zudem schafft diese Übertragung einen Präzedenzfall: Denn was für das älteste und sicherheitstechnisch am schlechtesten ausgerüstete AKW möglich ist, muss dann auch für andere AKWs möglich sein.

Wenn sich solche Regelungen hinter den Worten der Koalitionsvereinbarung verbergen, dass die „Vereinbarung nach Geist und Inhalt konsequent umgesetzt" wird, muss man sich wohl noch auf einiges gefasst machen.

Konsequenzen, die sich aus dem 11. September 2001 für die Nutzung der Atomkraft ergäben, werden nicht erwähnt, obwohl die am 17. September 01 von Bundesumweltminister Trittin bei der Reaktor-Sicherheits-Kommission (RSK) in Auftrag gegebene Studie zur Sicherheit deutscher Atomkraftwerke in den nächsten Monaten fertiggestellt sein und erhebliche Auswirkungen auf den Betrieb der Atomkraftwerke haben müsste.

Gleichzeitig fehlen Maßnahmen, die den Preis für Atomstrom auf eine realistischere Ebene angehoben hätte. So fehlt noch immer eine Besteuerung von Kernbrennstoff analog zur Besteuerung von Öl und Gas in Kraftwerken. Ebenso wäre es notwendig gewesen, die Steuerfreiheit für Atomrückstellungen aufzuheben.

Auch die Formulierungen, die in der Koalitionsvereinbarung im Zusammenhang mit der Finanzierung der weiteren Endlagersuche zu finden sind, lassen für den weiteren Prozess nichts Gutes vermuten. Hier „strebt die Bundesregierung eine Verständigung mit den Energieversorgungsunternehmen an, die deren Verantwortung als Abfallverursacher gerecht wird", um die Finanzierung der weiteren Endlagersuche zu klären. Was passiert, wenn sich die Energieversorgungsunternehmen – wie bereits angekündigt – weigern, eine weitere Endlagersuche zu finanzieren, wird nicht erörtert.

Die einzige erfreuliche Entwicklung im Atombereich ist die Ankündigung, dass die staatliche Förderung der Entwicklung von nuklearen Techniken zur Stromerzeugung beendet werden soll. Eigentlich müsste diese Ankündigung zur Beendigung der Kernfusionsforschung führen, die seit nunmehr 50 Jahren relativ unfruchtbar geblieben ist. Die hier freiwerdenden Mittel wären nach Ansicht des BUND sinnvoll in die Forschung für REG und REN zu investieren.

Aber angesichts der Haushaltslöcher werden sie wohl in anderen Abgründen verschwinden. *Walter Jungbauer*

Der Autor ist Referent für Energiepolitik beim BUND

Die Arbeit der Deutschen Energie-Agentur

Von der EU-Richtlinie in die deutsche Praxis

Die Förderung der Erneuerbaren Energien gehört zu den wichtigsten und erfolgreichsten Aktionsfeldern der rot-grünen Bundesregierung seit ihrem Amtsantritt 1998. Die Energiegewinnung aus Windenergie und Wasserkraft, Sonnenstrahlung, Erdwärme und Biomasse vereint dabei eine Vielzahl von Vorteilen in sich und dient der Umsetzung verschiedener Strategien: Dazu zählen die Erreichung der nationalen und internationalen Klimaschutzziele ebenso wie deren friedens- und entwicklungspolitischer Beitrag. National treiben vor allem der Atomausstieg („wer aussteigt, muss auch sagen wo er einsteigt") und technologie- und industriepolitische Überlegungen die Markteinführung der Erneuerbaren Energien an.

Zahlreiche Förderprogramme und insbesondere das Erneuerbare Energien-Gesetz (EEG) haben eine dynamische Entwicklung aller erneuerbaren Energietechnologien begünstigt. Die teilweise exponentiellen Zuwachsraten wurden jedoch – von im Vergleich mit dem europäischen Durchschnitt – sehr niedrigen Niveau aus erreicht. Gleichwohl ist die Bundesrepublik bei der Markteinführung vor allem bei den „neuen" Erneuerbaren Energien Windenergie und Photovoltaik weltweit führend, wofür vor allem private Initiative und Investitionsbereitschaft verantwortlich sind.

Die mit dem EEG bereits umgesetzte EU-Richtlinie zur Förderung der Erneuerbaren Energien wurde von der Bundesregierung nicht nur begrüßt, sondern an wichtigen Punkten aktiv mitgestaltet. Dies gilt insbesondere für die Wahl der Instrumente, die den Mitgliedstaaten bis 2006/2010 freigestellt ist. Diese sollen dann auf der Basis der vorliegenden Erfahrungen und ihres Erfolges bei der Erreichung des Verdoppelungszieles der EU bewertet werden. Das vor allem in Deutschland und Spanien bewährte Modell einer kombinierten Abnahme- und Vergütungspflicht zeigt dabei aber bereits heute seine eindeutige Überlegenheit über Quoten- und Zertifikatsmodelle.

Die Deutsche Energie-Agentur (dena)

Um einen Beitrag zur Umsetzung der neuen Energiepolitik zu leisten und den bislang vernachlässigten Bereich der Energieeffizienz zu beleben, hat die Bundesregierung im Herbst 2000 die Deutsche Energie-Agentur (dena) als Kompetenzzentrum für Energieeffizienz und Erneuerbare Energien mit Sitz in Berlin gegründet. Ihre Gesellschafter sind die Bundesrepublik Deutschland – vertreten durch die Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) sowie Bauen, Wohnen und Verkehr (BMVBW) – und die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW). Die dena hat im Januar 2001 ihren Geschäftsbetrieb aufgenommen und beschäftigt derzeit (Herbst 2002) 40 Energie-ExpertInnen in den Geschäftsfeldern Klimaschutz und nachhaltige Entwicklung, Erneuerbare Energien, Rationelle Energienutzung im Elektrizitätssektor und Gebäudesektor sowie der Internationalen Zusammenarbeit. Die Finanzierung erfolgt zur Hälfte aus öffentlichen Mitteln.

Die dena initiiert, koordiniert und moderiert – national und international – Programme und Projekte zur Steigerung der Energieeffizienz im Strom- und Wärmebereich und zur Nutzung Erneuerbarer Energien. Sie richtet sich an Fachakteure (Wirtschaft, Industrie, Verbände, Behörden, Handwerk) und informiert Endverbraucher über allgemeine Energiethemen, Klimaschutz sowie Anwendungs- und Fördermöglichkeiten (Energie-Hotline 08000 736 734; solare hotline 01802 – 000870).

Der Bereich Erneuerbare Energien in der dena

Ziel der dena ist mit ihrem know-how dazu beizutragen, dass das nationale und das EU-Ziel zur verstärkten Nutzung Erneuerbarer Energien bis 2010 mindestens erreicht, wenn nicht sogar übertroffen wird.

Die Erreichung der Ziele hängt im wesentlichen von der zukünftigen Ausgestaltung der politischen Rahmenbedingungen ab. Wenn die gegenwärtige Dynamik der Marktentwicklung beibehalten werden kann – und dafür sind die geschaffenen Rahmenbedingungen von ausschlaggebender Bedeutung – wird auch die Zielerreichung gemäß der EU-Richtlinie kein wesentliches Problem darstellen. In die Gestaltung der Rahmenbedingungen bringt sich die dena auch auf europäischer Ebene mit ihrem Wissen ein und bildet ein wichtiges Bindeglied zwischen Politik und Verbänden.

Zentral wird am Anfang dieser Legislaturperiode die Novellierung des EEG (Höhe der Vergütungssätze in den verschiedenen Technologien und Leistungsklassen, Fristen im Offshore-Wind-Bereich, Auslaufen des 100.000-Dächer-Programmes für Photovoltaik, Kosten Netzausbau etc.) und die weitere Entwicklung der Förderprogramme bzw. eines Gesetzes für den regenerativen Wärmebereich sein.

Von besonderer Bedeutung ist auch die Erschließung der enormen Potenziale

(3.000 MW bis 2010 und 25.000 MW bis 2025) der Windenergie auf hoher See („offshore"). Hier berät die dena das Bundesumweltministerium und koordiniert die Herausforderungen rund um den Aufbau der Offshore-Windnutzung sowie um den Transport des Stroms an Land. Für die Realisierung der Potenziale sind Informationen zu bündeln, Akteure zu vernetzen, zu beraten und zu moderieren. So werden in Arbeitskreisen und Studien alle relevanten Probleme (u.a. Bund/Länder-Abstimmung; Studien zu Stromnetzen und Logistik, Moderation zur naturschutzverträglichen Netzanbindung etc.) bearbeitet.

Initiative „Solarwärme plus"

Große Potentiale der Erneuerbaren Energien liegen jedoch auch im Wärmebereich. Seit Anfang Juli bietet die von der dena geleitete Kampagne "Solarwärme plus" über Internet und eine Telefon– und Fax-Hotline-Nummer Informationen zum Thema Solarwärmenutzung. Neben diesen aktuellen Informations-Aktivitäten laufen die Vorbereitungen für eine neue, groß angelegte Marketingkampagne zusammen mit den Kooperationspartnern – den Fachverbänden der Solarbranche, des Handwerks und der Ruhrgas AG - ab Frühjahr 2003. Hausbesitzer und Handwerker werden auf Potenziale und Fördermöglichkeiten für Solarthermie aufmerksam gemacht. Für die Marketingkampagne wurden Zielgruppen festgelegt und Hemmnisse identifiziert, die nun durch zielgruppen-spezifische Informationen überwunden werden sollen. Mittelfristig will die Initiative dazu beitragen, einen von staatlichen Zuschüssen unabhängigen Markt zu schaffen.

„Dachkampagne" Erneuerbare Energien

Informationsdefizite in Bezug auf Erneuerbare Energien existieren jedoch beinahe in jeder Hinsicht. Die dena wird daher 2003 in Kooperation mit den Fachverbänden, der Wirtschaft und mit Unterstützung des BMU eine Informations- und Akzeptanzkampagne Erneuerbare Energien starten. Ziel ist die vertiefte Information über und die Akzeptanzsteigerung für Erneuerbare Energien in der Öffentlichkeit. Über vielfältige Elemente soll diese Kampagne die Bedeutung der Erneuerbaren Energien für die zukünftige Energieversorgung verdeutlichen.

Clean Energy Partnership (CEP)

Im Verkehrsbereich sind die Erneuerbaren Energien bislang am wenigsten vertreten. Um dem entgegenzutreten hat die Bundesregierung die Clean Energy Partnership Berlin (CEP) ins Leben gerufen. Sie ist ein Teilprojekt der Nationalen Nachhaltigkeitsstrategie und soll schon Ende des kommenden Jahres mit der Eröffnung einer ersten öffentlichen solaren Wasserstofftankstelle (in Berlin) ein neues Kapitel in der Verkehrs- und Energiewirtschaft aufschlagen. Die dena leitet den Steuerungskreis der CEP, in dem eine Reihe renommierter Unternehmen der Mobilitäts- und Energiewirtschaft vertreten sind und vom BMVBW unterstützt werden. Ziel des Demonstrationsprojektes ist es, den sicheren und wirtschaftlichen Einsatz von Wasserstoff aus regenerativen Energien im Straßenverkehr praxisnah zu testen und öffentliche Anschauungsmöglichkeiten zu schaffen. Die CEP soll damit deutschland-, EU- und weltweit Signalwirkung für Wirtschaft und Politik haben.

Exportinitiative Erneuerbare Energien

Das Wachstum der Erneuerbaren Energien-Branche in Deutschland und ihre technologische Spitzenstellung ermöglicht inzwischen zunehmend Aktivitäten auf europäischen und anderen internationalen Märkten. Dies ist angesichts des wachsenden Energiebedarfs der Welt ein produktiver Beitrag zum Klimaschutz und für Beschäftigung in Deutschland und weltweit. Viele Unternehmen sind allerdings noch nicht in der Lage, diese Aufgabe alleine zu bewältigen. Daher haben die Bundestagsfraktionen im Juni 2002 die Einrichtung einer Exportoffensive Erneuerbare Energien beschlossen, die in der dena angesiedelt ist.

In vielen Entwicklungs- und Schwellenländern bestehen hervorragende Standortbedingungen für Erneuerbare Energien. Damit bietet sich die große Chance, dezentrale Energiesysteme auf Basis Erneuerbarer Energien aufzubauen und einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung zu leisten. Die Initiative will die Erschließung internationaler Märkte für Hersteller Erneuerbarer Energie-Technologien verbessern. Dafür vermittelt die dena zwischen nationalen und internationalen Institutionen, vernetzt bestehende Projekte, Verbände und Akteure, erarbeitet sinnvolle Ergänzungen zu den bestehenden Aktivitäten bzw. richtet diese an neuen Erfordernissen aus. Die Unternehmen erhalten z.B. relevante Exportinformationen, internationale Kontaktadressen und Unterstützung für ihren Auftritt auf internationalen Fachmessen. In Kürze wird das Internet-Portal www.exportinfo-erneuerbare-energien.de freigeschaltet, in dem länder- und technologiespezifische Informationen zum Export Erneuerbarer Energien bereitgestellt werden.

Durchführung von Veranstaltungen/Konferenzen

Um einen vertieften Meinungsaustausch zu ermöglichen und den Stand des Fachwissens zu bündeln ist es darüber hinaus sinnvoll, im regelmäßigen Abstand in den verschiedenen Themenfeldern Konferenzen bzw. Veranstaltungen durchzuführen. So hat die dena gerade erst eine Konferenz über die „Perspektiven für die Stromversorgung der Zukunft" durchgeführt, in dem es um die vielfältigen Aufgaben bei der Umstrukturierung der Stromnetze durch wachsende Anteile Erneuerbarer Energien (insbesondere der Offshore-Windnutzung) und dezentrale Techniken wie Brennstoffzellen/Mikrogasturbinen ging.

Zu großen Teilen in Händen der dena soll auch die Vorbereitung der von Bundeskanzler Gerhard Schröder beim Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg angekündigte Weltkonferenz Erneuerbare Energien liegen, die für Ende 2003 / Anfang 2004 geplant ist. Neben der Konzeptentwicklung spielt die Koordination der beteiligten Ministerien, Verbände und Unternehmen eine große Rolle. Um diese Konferenz zu einem echten Event zu machen, sind auch originelle Ideen bei der Öffentlichkeitsarbeit und die breite Beteiligung nationaler und internationaler Nicht-Regierungsorganisationen gefragt.

Markus Kurdziel

Der Autor ist Bereichsleiter Regenerative Energie der Deutschen Energie-Agentur

Kontakt:
Deutsche Energie-Agentur GmbH (dena), Chausseestr. 128a, 10115 Berlin, fon: +49 (0)30 / 72 61 65 6-0, fax: +49 (0)30 / 72 61 65 6-99
kurdziel@deutsche-energie-agentur.de, www.deutsche-energie-agentur.de; www.thema-energie.de; www.offshore-wind.de; www.solarwaerme-plus.info

Winds of Change

Windenergie wird zu ernstzunehmender Alternative in der Stromerzeugung

Im Laufe des letzten Jahrzehnts hat sich die Windenergie von einer oftmals belächelten Nischentechnologie zu einer ernstzunehmenden Alternative in der Stromerzeugung entwickelt. Mit einem durchschnittlich Zubau von mehr als 30 Prozent pro Jahr – seit Mitte der neunziger Jahre – hat die Windkraft mittlerweile die höchsten Wachstumsraten aller Energieträger.

Auch die absoluten Zahlen sind beeindruckend: 7.000 Megawatt (MW) Zubau in 2001, womit im dritten Jahr in Folge der weltweite Zubau an Kernkraft übertroffen wurde. Die installierte Windkraftleistung hat Ende 2001 annähernd 25.000 Megawatt erreicht, davon mehr als zwei Drittel in der EU und über 30 Prozent allein in Deutschland (siehe Abb.1)

Die Windenergie hat sich eindeutig als Vorreiterin unter allen erneuerbaren Energien etabliert. Durch das rasante Wachstum der letzten Jahre konnten in kürzester Zeit deutliche Kostensenkungspotentiale und massive technologische Verbesserungen realisert werden.

Inzwischen vergeht kaum noch eine nationale oder internationale Konferenz zum Thema Klima, Energie oder Umwelt, bei der nicht über Windenergie diskutiert wird. Auch in Johannesburg stand die Windenergie an vorderster Front bei vielen Diskussionen zum Thema nachhaltige Energieversorgung.

Der boomende Windenergiesektor hat in jüngster Zeit auch die Aufmerksamkeit traditioneller Unternehmen aus der Energiewirtschaft auf sich gezogen.

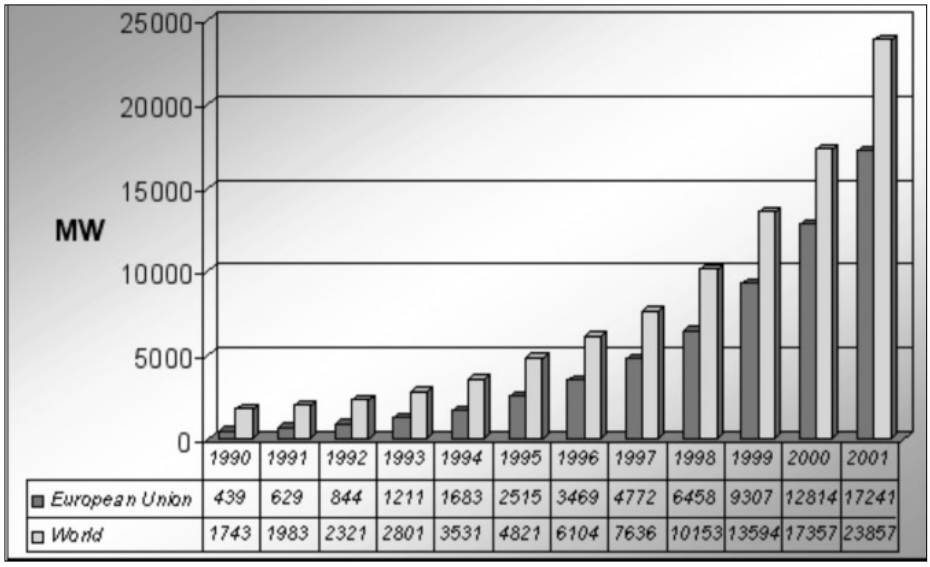
Große multinationale Unternehmen wie Shell und andere haben begonnen, sich in diesem Sektor zu engagieren. Der Eintritt von General Electric in den Bereich der Windkraftanlagenhersteller markiert ganz besonders deutlich, dass die Windindustrie den Kinderschuhen entwachsen ist.

Gründe für die verstärkte Nutzung der Windkraft

Der wesentliche Antrieb für den massiven Ausbau der Windenergie liegt in folgenden Gründen:

- Die dringende Notwendigkeit zur Bekämpfung des Klimawandels;
- Sicherheit der Energieversorgung, d.h. Verringerung der Abhängigkeit von Energieimporten bzw. von endlichen fossilen Energieträgern;
- Schaffung lokaler (regionaler) Arbeitsplätze sowie neuer Möglichkeiten für regionale Entwicklung und Kohäsion.

Abb. 1: Entwicklung der installierten Windenergieleistung weltweit und in Europa (1990-2001)



	1990	1991	1992	1993	1994	1995	1996	1997	1998	1999	2000	2001
European Union	439	629	844	1211	1683	2515	3469	4772	6458	9307	12814	17241
World	1743	1983	2321	2801	3531	4821	6104	7636	10153	13594	17357	23857

Quelle: EWEA, 2002

Mehr und mehr Länder wie auch Unternehmen kommen zur Einsicht, dass die Treibhausgasemissionen entscheidend reduziert werden müssen, um den dramatischen Klimawandel und andere Umweltkatastrophen zu vermeiden bzw. zu mildern, so z.B. die Überflutungen in Mittel- und Osteuropa im August 2002. Windenergie bietet sich dabei als Energiequelle an, die nicht nur Kohlendioxidemissionen – das wichtigste Treibhausgas – vermeidet sondern auch keine der anderen Risiken in sich birgt, die ansonsten mit konventioneller fossiler oder atomarer Energieerzeugung verbunden sind.

Ebenso wichtig sind die neuen Beschäftigungsperspektiven, mit der die Nutzung der Windenergie einhergeht. Dies lässt sich besonders gut in den Randregionen Dänemarks, im Norden Deutschland und Spaniens nachweisen. Insgesamt sind bereits deutlich mehr als 60.000 Personen in dieser jungen Industrie in Europa beschäftigt. Über 90 Prozent der globalen Windkraftanlagenproduktion kommt aus Europa, und fast drei Viertel des globalen Windstrommarkets.

Europäische und internationale Politik zum Ausbau der Windenergie

Ausgehend vom 1997 verabschiedeten Kyoto Protokoll, wurden mittlerweile eine Reihe von Zielen zur Verringerung von Treibhausgasen auf nationale bzw. regionale Ebene herunter gebrochen. So hat sich die EU verpflichtet, die CO_2 Emissionen zwischen 2008 und 2012 um 8 Prozent zu reduzieren, verglichen mit dem Niveau von 1990.

Als direkte Folge dieser CO_2-Reduktionsverpflichtungen hat die EU Ziele für den Ausbau erneuerbarer Energien bis 2010 formuliert, u.a. 40.000 MW für Windenergie. Die Windindustrie selbst erwartet mindestens 60.000 MW installierte Leistung bis 2010. Bis zum Ende diesen Jahres werden bereits mehr als ein Drittel davon, über 20.000 MW in der EU installiert sein. Ende 2001 wurden 4.500 MW Windkraftleistung in Europa zugebaut, und für 2002 wird eine weitere Steigerung um 20-30 Prozent erwartet.

Erfolgsstories

Damit die oben beschriebenen Ziele erreicht werden, haben viele – aber noch lange nicht alle – Regierungen in Europa

und anderswo eine Vielzahl von Markteinführungshilfen entwickelt. Diese reichen von Umweltprämien je produzierter Kilowattstunde über fest definierte Einspeisevergütungen bis hin zu Verpflichtungen für Stromversorger, einen bestimmten Mindestanteil ihres Stromangebotes aus erneuerbaren Energien zu decken.

Wichtige Erfolgsstories für Windenergie waren im vergangenen Jahrzehnt Deutschland, Spanien und Dänemark (Europa), die USA (Amerika) sowie Indien als Vertreter der Entcklungsländer. Allein Deutschland zeichnet für die Hälfte der Europäischen Windkraftleistung verantwortlich. Ein ganz neuer Markt entsteht in der Offshore-Nutzung der Windenergie. Mehr als 20.000 MW sind bereits in den Meeren Nordeuropas geplant.

Die EU Richtlinie zur Förderung der Erneuerbaren Energien vom September 2001 ist ein weiterer Anreiz zu einem nachhaltigen Ausbau der Windenergie in der EU. Die Richtlinie hat das Ziel, den Anteil erneuerbarer Energien in der Stromerzeugung bis 2010 von 14 auf 22 Prozent auszubauen.

Weltweites Potential für Windenergie und Anteil an der Stromversorgung

Das mittelfristige Wachstumspotential der Windenergie in Deutschland, Europa und weltweit (bis 2010) ist in der folgenden Grafik dargestellt (Abb. 2), die auf einer kürzlich veröffentlichten Studie des Deutschen Windenergie-Instituts (DEWI) beruht, die im Auftrag der Hamburg Messe für die Industriemesse Wind Energy 2002 erstellt wurde. Darin wird deutlich, dass mittelfristig (ab 2005) ein wesentlicher Wachstumsimpuls von Ländern außerhalb der EU kommen wird.

Eine Reihe von Studien bestätigen eindeutig, dass das globale Windpotential extrem hoch und fast gleichmäßig über nahezu alle Regionen und Länder der Erde verteilt ist. Das gesamte technische Potential wird auf 53.000 Terawattstunden (TWh) pro Jahr geschätzt. Dies ist mehr als das Doppelte des gesamten geschätzten Stromverbrauchs im Jahr 2020. An einem Mangel an Ressourcen wird die künftige Entwicklung also nicht scheitern. So gibt es allein in Europa genügend Windressourcen, um mindestens 20 Prozent des gesamten Stromverbrauchs in 2020 zu decken, insbesondere wenn das Offshore-Potential berücksichtigt wird.

Bei näherer länderspezifischer Analyse wird oftmals ein deutlich höheres Windpotential festgestellt, verglichen mit einer allgemeinen Potentialanalyse. In Deutschland hat z.B. das Bundeswirtschaftsministerium errechnet, dass das nutzbare Windenergiepotential tatsächlich fünf Mal höher ist als in einer Studie von 1993 für die OECD-Länder kalkuliert wurde.

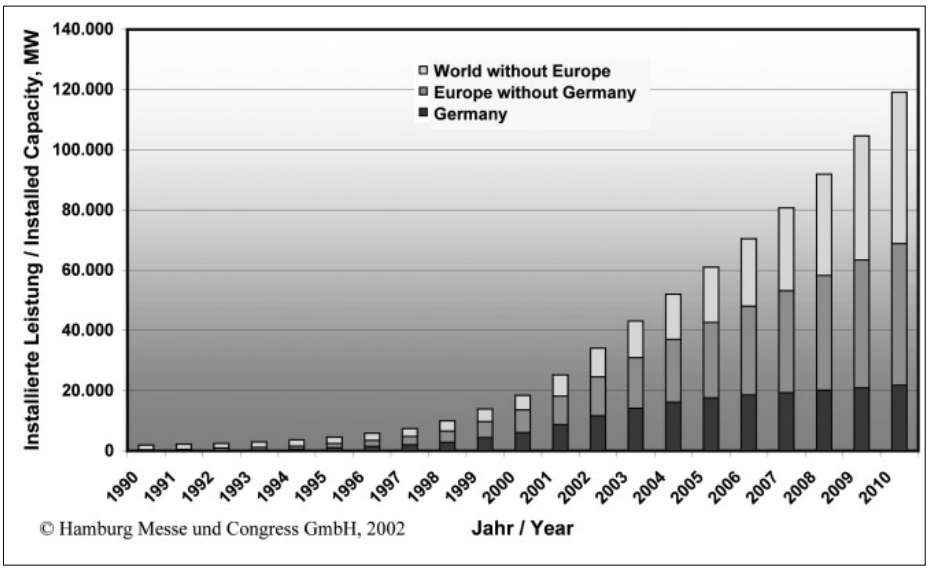
12 Prozent Windstrom weltweit bis 2020

Eine aktuelle Studie mit dem Titel „Wind Force 12" - sie wurde der Öffentlichkeit im Mai 2002 von EWEA (Europäische Windenergievereinigung) und Greenpeace International auf dem Vorbereitungstreffen für Johannesburg in Bali vorgestellt - weist eindeutig nach, dass ein weltweiter Windstromanteil von 12 Prozent bis 2020 durchaus möglich ist.[1] Das entspricht ca. 3.000 TWh Windstrom im Jahr 2020, basierend auf einem Business-As-Usual Szenario der Internationalen Energie-Agentur, die für 2020 einen weltweiten Stromverbrauch von 25.800 TWh/Jahr erwartet.

Entscheidende Voraussetzung zur Umsetzung dieser eindrucksvollen Potentiale - und der damit verbundenen positiven Nebeneffekte - sind entsprechende politische Rahmenbedingungen auf nationaler und internationaler Ebene. Insbesondere international müssen die politischen Weichen so gestellt werden, dass auch in den Entwicklungs- und Schwellenländern ein massiver Ausbau der Windenergie in den nächsten Jahren möglich wird. Dies erfordert nicht nur eine „Coalition of the willing", wie es die EU-Umweltkommissarin Margot Wallström in Johannesburg formulierte, sondern auch die Entwicklung von Finanzierungsinstrumenten, die den Bedürfnissen der Branche angepasst sind.

Andreas Wagner

Abb.2 Prognose der installierten Windkraftleistung bis 2010



Der Autor ist Director Government & Regulatory Affairs bei GE Wind Energy und Vice President der EWEA (European Wind Energy Association)

Kontakt:
GE Wind Energy
Holsterfeld 16
48499 Salzbergen,
Tel.: 05971-980-1560, Fax: -2560
E-mail: andreas_wagner@ps.ge.com

EWEA, European Wind Energy Association,
26 rue du Trone,
B - 1000 Brüssel,
Tel: 0032-2-546 19-40, Fax: -44,
E-mail: ewea@ewea.org, Internet: www.ewea.org

[1] *EWEA/Greenpeace International (Hrsg.). Wind Force 12 - A Blueprint to Achieve 12% Of The World's Electricity From Wind Power By 2020.*

Aus den Arbeitsgruppen

AG Klima

Der Emissionshandel als klimapolitisches Instrument in der Diskussion

Am 26. November führten das Wuppertal Institut, das Forum Umwelt & Entwicklung und Germanwatch den Workshop "Der Emissionshandel als klimapolitisches Instrument in der Diskussion" durch.

Ziel dieser Veranstaltung war es zum einen, Informationen über diese schwierige Materie anzubieten und auszutauschen. Aber auch konkrete Absprachen bezüglich eines weiteren gemeinsamen Vorgehens der Umweltverbände sollten getroffen werden.

Sehr wahrscheinlich wird am 10. Dezember im EU-Ministerrat über die Annahme einer Richtlinie für einen EU-weiten Emissionshandel in Brüssel entschieden. Damit wäre der Grundstein für die Implementierung dieses neuen klimapolitischen Instruments gelegt.

Christoph Bals (Germanwatch) gab eine allgemeine Einführung in die Thematik des Emissionshandels. Er schilderte zudem die Haltung verschiedener deutscher Unternehmensgruppen zur Emissionshandelrichtlinie. Der aktuelle Entwurf der EU-Richtlinie zum Emissionshandel wurde von Tilman Santarius (Wuppertal Institut) skizziert. Matthias Seiche (BUND) referierte über den Standpunkt der deutschen NROs zum Richtlinienentwurf.

Der Emissionshandel als sinnvolles Instrument

Im zweiten Teil des Workshops bildete der freie Gedankenaustausch den Schwerpunkt, der durch Kurzimpulse und Statements der Referenten bereichert wurde. Zusätzlich wurden Konfliktmöglichkeiten und Probleme, aber auch Chancen im Zusammenspiel zwischen einem Emissionshandel und der Regelungen bezüglich Kraftwärmekopplung, der Ökologischen Steuerreform und Integrierter Ressourcenplanung aufgezeigt. Sonja Butzengeiger (HWWA) ging in ihrem Vortrag auf den Emissionshandel und seine möglichen Auswirkungen auf das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) ein.

In der Diskussion wurde betont, dass der Emissionshandel als Instrument weder einfach als gut noch einfach als schlecht zu bewerten sei. Es komme auf seine Ausgestaltung an, da das Emissionshandelssystem immerhin 46% der EU-weiten CO_2-Emissionen abdecken wird.

Grundsätzlich unterstützen NROs den unternehmensbezogenen Handel (Cap & Trade) trotz einiger bestehenden Schwächen der gegenwärtigen Version der europäischen Richtlinie. Ein Cap & Trade Handel stellt einen Anreizmechanismus dar, welcher besonders Vorreiter belohnen kann. Er bietet zusätzlich eine größtmögliche ökologische Genauigkeit bei der Umsetzung von Klimaschutzzielen. Wesentlich problematischer wurde der projektbasierte Emissionshandel gesehen (CDM und JI).

Emissionshandel als nur ein Instrument

Es wurden Bedenken geäußert, dass der Handel mit Emissionen ohne Begleitmaßnahmen einen indirekten Anreiz für Kernenergie entwickeln könnte. Zusätzlich müsse gewährleistet werden, dass dem Emissionshandel vergleichbare Maßnahmen für andere Sektoren, z.B. den Transport- und Verkehrsbereich, in der EU- Richtlinie gefordert werden. Es bedarf also einer Kombination der CO_2-Reduzierung mit dem Weiterausbau der Ökologischen Steuerreform, mit dem Atomausstieg und mit der Förderung der Erneuerbaren Energien (EEG), wie auch mit der Kraftwärmekopplung. Gerade die Ökosteuer und das EEG seien unentbehrliche Klimaschutzinstrumente, wo wurde konstatiert. Der Emissionshandel sei nur als ein Instrument im Konzert dieser Instrumente sinnvoll. Der zu verhandelnde EU- Richtlinienvorschlag überlässt es den einzelnen Staaten, welchen Anteil ihrer Kyoto-Verpflichtung sie dem Unternehmenssektor zuteilen.

Diese Richtlinie intendiert trotz des Widerstandes der Umweltverbände eine Kombination des Cap & Trade Systems mit projektbasierten Mechanismen. Deshalb muss man sich auf die Ausgestaltung einer zweiten, beabsichtigten Richtlinie speziell zu dieser Thematik konzentrieren. Nur so können quantitative als auch qualitative Kriterien für aus Projekten generierten Emissionsminderungen etabliert werden.

Immerhin wird nach dem Richtlinienentwurf die freiwillige und branchenbezogene Selbstverpflichtungserklärung der Unternehmen in eine konkrete Unternehmenspflicht umgewandelt. Auf dem Workshop wurde auch noch der aktuelle Vorschlag der deutschen Regierung für einen Zwangspool für die deutsche Industrie diskutiert und als äußerst kritisch verworfen. Dieser würde die Unternehmen aus der direkten Verantwortung entlassen und statt der Vorreiter die Trittbrettfahrer begünstigen.

Einigung auf 5 Punkte

Als Ergebnis des Workshops wurden 5 Punkte bezüglich des weiteren Vorgehens gesammelt. Zum einen verständigte man sich auf einen gemeinsamen Brief an die Regierungschefs der EU- Mitgliedsstaaten, welche die Absurdität der von Kanzler Schröder angeregten Poollösung nochmals aufzeigen soll. Man erhofft sich so eine positive Beeinflussung der Verhandlungen. Des weiteren wird ein weiteren Workshop zusammen mit den Erneuerbare-Energie-Verbänden initiiert werden. Ziel ist die Ausarbeitung einer gemeinsamen Strategie bezüglich des Emissionshandels und der Sicherung des weiteren Ausbaus des EEG sowie des Exportes von Erneuerbaren Energieträgern, auch in Hinblick auf die Konferenz zu Erneuerbaren Energien in Bonn (2004). Als dritter Punkt wurde die Notwendigkeit anerkannt, auch auf die Ausgestaltung der beabsichtigten Richtlinie über die Kriterien des projektbasierten Handels positiv einzuwirken. In diesem Sinne bedürfen auch andere Initiativen wie eben der Klimaschutzfonds der KfW deutlicher qualitativer Kriterien. Als letzten Punkt einigte man sich auf eine gemeinsame Analyse nach der Entscheidung der EU über den Vorschlag der dänischen Ratspräsidentschaft über den Emissionshandel Mitte Dezember.

Dominik Bulla

Der Autor ist derzeit Praktikant bei Germanwatch

Weitere Berichte

12. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen

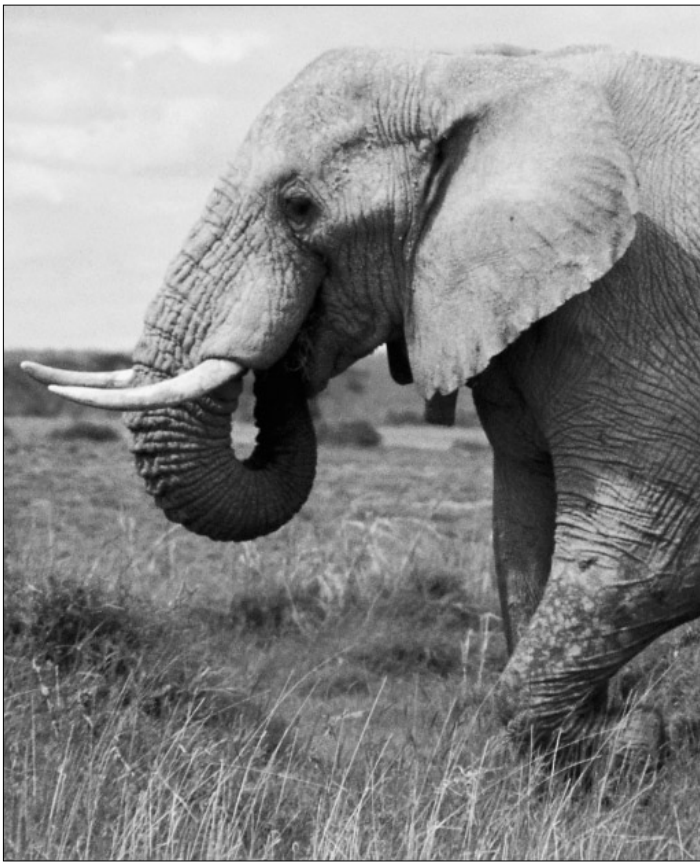
Die besondere Rolle der Europäische Union

Es ist eine besondere Rolle, welche die Europäische Union im Washingtoner Artenschutzübereinkommen spielt. Sie ist zwar nicht selbst Mitglied, doch ihre 15 Mitgliedsstaaten sind es. Allein diese dürfen bei den Vertragsstaaten-Konferenzen abstimmen. Aufgrund der EU-Bestimmungen müssen die Abstimmungen jedoch einheitlich erfolgen und nur so, wie dies vorher in den Treffen der EU-Koordinierung festgelegt wurde. Dies ist eine Besonderheit, die es sonst im Rahmen des WA nicht gibt. Sie hat teilweise große Auswirkungen auf die Abstimmungsergebnisse.

Bei der 12. Vertragsstaatenkonferenz zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen (WA), die vom 3. bis 15. November 2002 in Santiago de Chile stattfand, oblag die Koordinierung Dänemark, das derzeit die EU-Präsidentschaft innehat. Die Treffen dazu fanden dreimal täglich statt, so häufig wie bei keiner WA-Konferenz vorher. Bei Bedarf wurden während der Sitzungen weitere spontane Koordinierungsgespräche geführt.

Handel mit Elfenbein

In den Abstimmungen über die Wiedereröffnung des Elfenbeinhandels wirkte sich diese Abstimmungsregelung aus Artenschutzsicht äußerst negativ aus. Botswana, Namibia und Südafrika hatten drei fast gleichlautende Anträge bezüglich Elefanten vorgelegt. Beantragt wurde die Möglichkeit, für die Populationen des jeweiligen Landes den internationalen Handel mit lebenden Tieren für Naturschutzzwecke im Zusammenhang mit Programmen zur Stützung freilebender Populationen, zur Vermarktung von Leder sowie von Elfenbein mit Mengenbeschränkungen wieder zu ermöglichen. Gerade der letztgenannte Punkt führte zu heftigen Diskussionen, da zahlreiche Naturschützer der Meinung sind, es dürfe keinen legalen Elfenbeinhandel geben, zumindest solange, bis eindeutige Herkunftsnachweise und strikte Kontrollen möglich sind. Es hatte sich in der Vergangenheit immer wieder gezeigt, dass legaler Elfenbeinhandel dem illegalen Handel und der Wilderei Tür und Tor öffnet. Außerdem war eine Grundbedingung für die Wiederzulassung von Elfenbein für den internationalen Handel nicht erfüllt, die bei der 11. Vertragsstaatenkonferenz festgelegt worden war: Das Monitoring-und Frühwarn-System MIKE (Monitoring of Illegal Killing of Elephants) sollte Ergebnisse als „base line" vorlegen. Dieses System konnte bis heute aber keine Basisdaten erarbeiten, die als Grundlage für die Berechnung oder wenigstens Schätzung von Bestandestrends bei Elefanten dienen könnten. Ohne ein glaubwürdiges Monitoringsystem ist jedoch nicht festzustellen, wie sich die mit der – auch nur beschränkten – Wiedereröffnung des Handels zu erwartende Zunahme der Wilderei auf die Elefantenpopulationen auswirkt. Aus diesen Gründen argumentierten unter anderem die Regierungsdelegationen von Kenia und Indien heftig gegen die Anträge, denen aber letztendlich doch stattgegeben wurde. Hier zeigte sich die bremsende Rolle der Europäischen Union. Obwohl beispielsweise Deutschland klar gegen die Wiedereröffnung des Elfenbeinhandels war, kam es aufgrund einiger Befürworter innerhalb der EU (unter anderem Italien) dazu, dass die EU-Länder sich in der Plenar-Abstimmung enthalten mußten. Dadurch fehlten dem Lager der Antragsgegner wertvolle Stimmen, die Befürworter waren in der Mehrheit. Hätten die EU-Staaten gegen die Anträge gestimmt, wären diese gescheitert. Nun können ab 2004 60 Tonnen Rohelfenbein international gehandelt werden. Vermutliches Hauptabnehmerland ist Japan.



Immerhin wurden Anträge Simbabwes und Sambias, die ähnlich lauteten, abgelehnt, da die die allgemeine Lage in beiden Ländern und speziell die Situation der dortigen Elefanten nach Meinung der Mehrheit derzeit nicht die Grundlage und Gewähr für ein fundiertes „Elefantenmanagement" und Kontrollen des Handels böten.

Tier- und Pflanzenarten

Erwartungsgemäß waren die Konferenz wie das Interesse der Öffentlichkeit dominiert von den Anträgen bezüglich der Elefanten und anderer charismatischer Großtierarten, vor allem die bean-

tragte Herabstufung des Schutzstatus der Wale sowie die Neuaufnahme von Walhai, Riesenhai und von Mahagoni in Anhang II. Doch insgesamt waren 60 Anträge über die Neuaufnahme von handelsrelevanten gefährdeten Tier- und Pflanzenarten in die Anhänge I (totales Handelsverbot) oder II (Handel nur mit Ausfuhrgenehmigung des Herkunftslandes) beziehungsweise ihre Umstufung aus einem der beiden Anhänge in den anderen zu beraten und zu beschließen, ebenso wie zahlreiche Resolutionen und andere wichtige Dokumente.

Durchweg erfreulich waren die Ergebnisse der Abstimmungen zu den übrigen Arten. Vier hochbedrohte Papageienarten wurden aus Anhang II in die höchste Schutzkategorie, Anhang I, hochgestuft, womit ihr Handel unmöglich gemacht ist. Seepferdchen der Gattung Hippocampus sowie verschiedene Schildkrötenarten wurden in Anhang II aufgenommen, womit endlich zumindest eine Kontrolle des Handels möglich ist. Seepferdchen spielen im Lebendtierhandel nur eine geringe Rolle, werden aber getrocknet in riesigen Mengen für die traditionelle asiatische Medizin gehandelt. Hongkong allein importierte im Jahre 2000 nachgewiesenermaßen 23.085 kg davon. Auch bei den Schildkröten handelt es sich weniger um Arten, die durch den Lebendtierhandel gefährdet sind, als vielmehr um solche, die – bisher völlig ungeschützt – in großen Mengen für den menschlichen Verzehr in Asien der Natur entnommen wurden. Einige Anträge auf die Listung mehrerer Wasser- und Erdschildkrötenarten und der auf Hochstufung des Blaukopfara (Ara couloni) waren von Deutschland vorbereitet und eingebracht worden. Sie wurden alle ohne weitere Diskussion und mit großer Mehrheit angenommen. Dr. Gerhard Emonds vom Bundesumweltministerium, der Deutschland seit Gründung des WA als Delegationsleiter vertreten hat und der noch vor der nächsten WA-Vertragsstaatenkonferenz (Ende 2004 oder Anfang 2005 in Thailand) in Pension gehen wird, und die Mitarbeiter aus dem Bundesamt für Naturschutz konnten dies als einen schönen Erfolg verbuchen.

Schutz von Meeresfischen

Mit der Neuaufnahme von Wal- und Riesenhai in Anhang II ist ein Durchbruch gelungen. Bisher war das Argument, die FAO (Food and Agriculture Organisation) allein sei die für Fischerei zuständige Organisation, immer wieder erfolgreich ins Feld geführt worden, um den Schutz von Meeresfischen durch das WA zu verhindern. Bisher haben die FAO und die von ihr erstellten Aktionspläne ihre weitestgehende Wirkungslosigkeit bewiesen, was den Schutz von Fischbeständen angeht. Immerhin ist die „illegale, nicht gemeldete und ungeregelte Fischerei" ein mittlerweile global so präsentes und brisantes Thema, dass dafür ein eigenes internationales Kürzel geschaffen wurde: „IUU" (illegal, unreported and unregulated"). Die Vollversammlung beschloss in diesem Zusammenhang auch eine Resolution zur Kooperation des WA und seines Sekretariates mit der FAO. Die ebenfalls in Santiago erfolgte Listung von Mahagoni zeigt, dass die Zeit auch reif ist, endlich wirtschaftlich bedeutsame „Tropenholzarten" unter einen gewissen Schutz vor Handel zu stellen.

Japan, wortgewaltig und bis zur Lächerlichkeit argumentativ unterstützt von der Regierungsdelegation des Karibikstaates Antigua und Barbuda, verteidigte seine Anträge auf Rückstufung des Minkewales und des Brydewales von Anhang I nach Anhang II verbissen und in der Sache kompromißlos, argumentierte gegen Schutzanträge zu allen wirtschaftlich bedeutsamen Arten und sogar gegen die Aufnahme der Delphinpopulation des Schwarzen Meeres, an dem Japan weder teilhat noch dort „fischereilich" tätig ist. Umso verärgerter waren beide Delegationen, dass ihr Einsatz vergeblich war.

Überseeische Territorien

Die 12. WA-Konferenz offenbarte eine weitere Merkwürdigkeit der EU. Für ihre (aus der Kolonialzeit stammenden) überseeischen Territorien dürfen einzelne EU-Staaten auch bei abweichender Meinung der übrigen EU-Mitglieder gesondert stimmen. So konnte das Vereinigte Königreich (UK) einen Antrag auf die Freigabe des Handels für Panzer von Meeresschildkröten von den Cayman-Islands einbringen und im Plenum begründen, der wohl nicht die Zustimmung der Mehrheit der EU-Staaten hatte. Er wurde allerdings von der Vollversammluing abgelehnt. Seine politische Bedeutung wurde wohl – trotz allem – von UK selbst nicht allzu hoch eingestuft, denn die Ablehung wurde stillschweigend akzeptiert. Zur Verteidigung des Antrages für die Aufnahme des Riesenhais, der ebenfalls von UK eingebracht worden war und der in einer Vorabstimmung abgelehnt worden war, reiste der zuständige Minister selbst aus London an, um im Plenum für diesen Antrag letztlich erfolgreich zu kämpfen.

Die Anträge der Schweiz auf die Streichung verschiedener Kakteenarten von Anhang II mit der Begründung, diese seien gut von anderen zu unterscheiden und praktisch nur aus künstlicher Vermehrung im Handel, stießen auf den Widerstand verschiedener Staaten, vor allem Mittelamerikas, wo die Arten verbreitet sind, und wurden zurückgezogen.

Fazit

Wenn für die Nichtregierungsorganisationen in Europa ein Fazit zu ziehen ist, was die Vorbereitung künftiger Vertragsstaatenkonferenzen zum Washingtoner Artenschutzübereinkommen angeht, dann ist es sicher die Notwendigkeit, sich mehr und besser europäisch zu koordinieren. So kann die Aufklärungsarbeit über die Belange und Gebote des Artenschutzes besser an die Ebene herangetragen werden, die letztendlich entscheidet, nämlich die Gemeinschaft der Mitgliedsstaaten der Europäischen Union. Dies wird mit der geplanten Erweiterung der EU noch notwendiger als bisher, schon deswegen, weil ganz neue Konstellationen entstehen können und mehr Koordination erforderlich ist. Speziell auf die „Beitrittsländer" und ihre Nichtregierungsorganisationen kommen damit ganz neue Aufgaben zu. Nicht nur das derzeit zu verzeichnende Desinteresse der USA, im Klima-, Umwelt-, Natur- und Artenschutz Vorreiterfunktion zu übernehmen, schafft eine Situation, in der eine starke Europäische Union global eine weitaus stärkere Rolle bei der Erhaltung der Biodiversität wahrnehmen (und muß!) kann als bisher.

Prof. Dr. Manfred Niekisch

Der Autor ist Vizepräsident des Deutschen Naturschutzringes und Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung. Er nahm in seiner Eigenschaft als Vorsitzender des Artenschutzbeirates beim Bundesamt für Naturschutz an der WA-Konferenz in Chile teil.

Trippelschritte im TRIPs-Abkommen?

Von der neuen Reformfreudigkeit in Europa

Wenn, wie in den vergangenen Jahren häufiger geschehen, NGOs eine Revision des TRIPs-Abkommens zugunsten der Entwicklungsländer einforderten, so ernteten sie damit bei der Politik bestenfalls Kopfschütteln – begleitet von freundlichen Erläuterungen, warum das TRIPs-Abkommen ausgewogen und in der WTO richtig aufgehoben sei, und überhaupt, warum es den Entwicklungsländern nutze. Wer dies dann partout nicht einsehen wollte, der verstand eben nichts – oder doch zu wenig – von Wirtschaft.

Seit einiger Zeit ist ein Umschwung in der Debatte zu erkennen. Der Chor derjenigen, die das TRIPs-Abkommen für reformbedürftig halten, wächst. Da ist zunächst die neue Bundesregierung zu nennen, die in ihrem Koalitionsvertrag schreibt: „Wir werden uns insbesondere für eine Reform und Präzisierung des Abkommens zum Schutz des geistigen Eigentums einsetzen (TRIPS-Abkommen). Dabei geht es um einen verbesserten Zugang zu lebensnotwendigen Medikamenten, den Erhalt der Artenvielfalt, die Rechte indigener Völker und den Schutz pflanzengenetischer Ressourcen."

Großbritannien für TRIPs-Reform

Zwar mag es gute Gründe geben, den politischen Wert des neuen Koalitionsvertrages nicht zu überschätzen. Jedoch erhält die rot-grüne Koalition Unterstützung aus Großbritannien. Eine von der Blair-Regierung eingesetzte Kommission kommt in ihrem im September diesen Jahres vorgelegten Abschlussbericht (www.wissensgesellschaft.org, auszugsweise dokumentiert in der FR vom 6.11.2002, S. 20) zu dem Ergebnis, dass das TRIPs-Abkommen häufig nur dem reichen Norden zugute komme, während die in Entwicklungsländern zusätzlich entstehenden Kosten oftmals zu Lasten der Armen und ihrer lebensnotwendigen Bedürfnisse gingen. Die Entwicklungsländer, so die britische Regierungskommission, sollten keinesfalls Ressourcen aus dem ohnehin strapazierten Budget für Bildung und Gesundheit abzweigen, um ein System des Schutzes geistiger Eigentumsrechte aufzubauen und zu unterhalten.

Und schließlich sieht der Bericht die Funktion für den Schutz geistigen Eigentums vorrangig darin, „die Umsetzung der wirtschaftlichen und sozialen Menschenrechte voranzubringen. Vor allem sind keine Umstände denkbar, unter denen die grundlegenden Menschenrechte den Anforderungen für den Schutz der geistigen Eigentumsrechte untergeordnet werden sollten."

Europäische Union für TRIPs-Reform

So weit würde die EU wohl nicht gehen. Aber auch sie sieht die Notwendigkeit, im Rahmen eines Zugehens auf die Entwicklungsländer Angebote zu unterbreiten. Hierzu hat sie im September 2002 ein „Konzeptpapier" vorgelegt, das für die Entwicklungsländer im wesentlichen in vier Bereichen Zugeständnisse in Aussicht stellt:

- Werden für eine zu patentierende Erfindung genetische Ressourcen oder traditionelles Wissen benutzt, so soll deren Herkunft offen gelegt werden. Allerdings soll die Nichtbeachtung dieser Vorschrift keine Auswirkungen auf die Gültigkeit von Patenten haben.
- Die EU unterstützt die weitere Arbeit zum Schutz traditionellen Wissens in der WIPO (Weltorganisation für Geistiges Eigentum). Allerdings sieht sie zur Zeit keinerlei Anlass für den TRIPs-Council (und damit die WTO), sich mit dieser Frage zu befassen.
- Die EU sieht die UPOV 1991- Konvention nicht mehr – neben Patenten – als einzig wirksame Möglichkeit des Sortenschutzes an. Allerdings unterbreitet sie eine lange Liste von Anforderungen, die ein System sui generis zu erfüllen hätte und die UPOV 1991 wiederum sehr nahe kommt. (UPOV= Internationales Übereinkommen zum Schutz von Pflanzenzüchtungen)
- Und die EU spricht sich nicht länger dagegen aus, die Farmers' Rights (also insbesondere das Recht auf Wiederaussaat und Saatguttausch) in TRIPs zu verankern. Allerdings will sie dies auf Subsistenz- und Kleinbauern beschränkt und verhindert wissen, dass Bauern mit „signifikanten kommerziellen Interessen" in den Genuss der Farmers' Rights kommen.

All diese Positionen sind noch nicht Positionen der EU, die EU hat lediglich ihre Gesprächsbereitschaft zu den einzelnen Punkten bekundet. Der Hintergrund ist, dass die Entwicklungsländer im Namen der neuen Verhandlungsrunde für jedes Entgegenkommen der EU einen Preis in anderen Verhandlungsfeldern zu zahlen haben – sei dies Investitionen, Wettbewerb oder GATS. Die EU verteilt hier also mitnichten Geschenke, sondern deutet – verhandlungstaktisch geschickt – mögliche Zugeständnisse und Kompromisslinien an. Die Rechnung dafür steht auf einem anderen Blatt. Wie viel das mit einer Entwicklungsrunde zu tun haben mag, also mit einer Verhandlungsrunde in der WTO, die den Interessen der Entwicklungsländer besonderes Gewicht beimisst, steht auf einem noch anderen Blatt.

Alle für TRIPs-Reform?

Und auf einem weiteren Blatt steht, was der große Bruder jenseits des Atlantiks von solchen Ideen hält. Nicht viel, kann man vermuten. Insofern muss die neue Reformfreudigkeit der EU auch vor dem Interesse gesehen werden, sich – im Vergleich zu den USA – als der bessere Partner der Entwicklungsländer zu profilieren, auch wenn die wirklichen Freundschaftsbeweise wohl im Agrarbereich erbracht werden müssen. Dass die EU sich im übrigen bei TRIPs nicht allzu weit vorwagt, zeigen die angedeuteten Einschränkungen und Relativierungen. Der Nutzen einer Vorschrift zur Offenlegung der Herkunft bei der Anmeldung von Patenten wird doch arg relativiert, wenn die Sanktionen im Falle von Missachtung weder klar sind noch die aus dem Patent entstehenden Rechte als solche berührt werden dürfen.

Andererseits ist nichtsdestoweniger festzustellen, dass Bewegung in die TRIPs-Debatte kommt. Das war vor zwei Jahren so noch kaum vorstellbar. Nun heißt es für NGOs, die Bewegung zu nutzen und dieses zarte Pflänzchen energisch zu pflegen. Auch wenn es gute Gründe gibt anzunehmen, dass der politische Wille für eine TRIPs-Reform (noch) nicht sonderlich ausgeprägt ist, so haben sich die Aussichten dafür in den letzten Monaten doch gebessert. *Michael Frein*

Der Autor arbeitet beim Evangelischen Entwicklungsdienst (EED) und ist Mitglied im Leitungskreis des Forums Umwelt & Entwicklung

Aufbruch in Florenz?

Umwelt- und globalisierungskritische Bewegungen wuchsen weiter zusammen

Die Angst sollte umgehen in Florenz. Eine von Berlusconi angezettelte Kampagne der italienischen Medien hatte die Teilnehmer des ersten Europäischen Sozialforum diffamiert und den BürgerInnen Schlägertrupps angekündigt. Doch die Stimmung war friedlich und fröhlich – insbesondere da drei mal so viele TeilnehmerInnen gekommen waren als geplant.

Vom 6. – 10. November 2002 tummelten sich 60 000 Menschen in der alten Burg und debattierten über Globalisierung, Privatisierung und Strategien für eine andere Welt.

Florenz war ein Ereignis der Superlative. Alles war chaotisch – und doch fanden Tausende zu jedem Seminar. Die Übersetzung war häufig unzureichend. Und doch schienen immer alle genau zu wissen, wann es laut zu klatschen galt. Angesichts der Menschenmassen war die Diskussion oft eher schemenhaft. Details, ob inhaltlich oder strategisch, wurden nur in einigen wenigen Seminaren diskutiert. Und doch gab es ein Gefühl der grundsätzlichen Einigkeit – das Gefühl eine vielfältige, plurale – aber eben eine Bewegung zu sein.

Umwelt- und soziale Bewegungen machten dabei in Florenz große Schritte aufeinander zu. Die Forderung: „Die Welt ist keine Ware" brachte am plakativsten die gemeinsame Diskussionsgrundlage auf den Punkt. Christoph Aguiton von attac Frankreich verkündete bei mehreren Veranstaltungen, das, was auch die Umweltvertreter in Florenz immer wieder betonten: „Die neoliberale Globalisierung führt zu sozialen wie ökologischen Verwerfungen. Umwelt- und globalisierungskritische Bewegung müssen deshalb gemeinsam agieren."

Bei einigen Themen konnten bereits weitere gemeinsame Aktivitäten abgestimmt werden. So wurde bei einem Workshop zur globalen Unternehmensverantwortung beschlossen, gemeinsam gegen die Übermacht der Konzerne vorgehen zu wollen. Dazu sollen weitere strategische Absprachen beim Weltsozialforum getroffen werden. Auch bei den Diskussionen um die WTO-Konferenz im September 2003 in Mexiko zeichnet sich eine produktive Zusammenarbeit zwischen sozialer und ökologischer Bewegung ab. Die Umweltbewegung wird dabei insbesondere die ökologischen Gefahren der Dienstleistungsliberalisierungsverhandlungen unter dem GATS-Abkommen thematisieren (siehe auch www.gats-kritik.de).

Daniel Mittler auf einer Veranstaltung von Friends of the Earth Europe

Friends of the Earth Europe (das internationale Netzwerk des BUND) brachte beim abschließenden Aktivistentreffen unter großem Applaus den Vorschlag ein, die nächsten Foren „Umwelt- und Sozialforen" zu nennen. Die große Gemeinsamkeit von umweltpolitischer und sozialer Bewegung wäre damit bereits im Namen der Foren ersichtlich[1]. Darüber wird u.a. in Porto Alegre im Januar 2003 noch weiter zu diskutieren sein.

Globalisierung und Umwelt:

Weitere Berichte über Florenz gibt es unter www.fse-esf.org
oder www.foeeurope.org .
Der BUND hat einen Hintergrund zur Globalisierung veröffentlicht. Dieser ist unter dem Titel „Zukunftsfähig Wirtschaften, Alternativen zu einer wirtschaftlich dominierten Globalisierung" für EUR 2,50 beim BUND-Versand zu bestellen.
Kontakt: bundladen@bund.net;
Tel 030 275 86 –441; Fax -466
Wer Interesse hat bei der attac AG „Umwelt und Globalisierung" mitzuarbeiten melde sich bei Sören Janssen, janssen@attac-netzwerk.de .

Deutsche waren nach Florenz nur wenige gekommen. Ob dafür der gleichzeitige Castortransport oder andere Gründe verantwortlich waren, ist Spekulation. Schade war in jedem Fall, dass außer dem BUND z.B. kein deutscher Umweltverband eine Veranstaltung anbot. Auch größere deutsche Entwicklungsverbände suchte man vergeblich im Programm. Es wäre sehr zu wünschen, dass sich dies bis zum nächsten Forum im November 2003 in Paris ändert. Die deutsche Umwelt- und Entwicklungsgemeinde sollte diese internationalen Foren nutzen, um weitere Mitstreiter für unsere Arbeit zu gewinnen – und sich selber aktiv in die internationale Globalisierungsdebatte einbringen. Der BUND hat dies weiter vor. In Deutschland wird der BUND sich deshalb 2003 weiter aktiv an der attac AG „Umwelt und Globalisierung" beteiligen (siehe Kasten).

Der 9. November galt ganz einem anderen Thema: dem Frieden. Bis zu einer Millionen Menschen schlängelten sich durch Florenz um für ein friedliches globales Miteinander einzustehen. Für alle, die den Tod der Friedensbewegung verkündet hatten, war es ein rüdes Erwachen. Bei dem beeindruckenden Zug zeigte sich durch die Vielfalt der Flaggen (und trotz der Dominanz der italienischen Linken) vor allem noch einmal, dass die „Bewegung der Bewegungen" gemeinsame Grundwerte hat und gemeinsam am stärksten ist. Dies ist eine Bewegung die mitten aus der Gesellschaft kommt – und sich friedlich und massenhaft zu Wort meldet. Der friedliche Zug war auch eine Ohrfeige für den Demagogen Berlusconi. Und für mich privat, war es die beeindruckendste Schau des Willen der europäischen Zivilgesellschaft die ich je erlebt habe. Durch seine Internationalität war dieser Zug noch beeidruckender als selbst die Friedensdemos der 80er Jahre. Florenz war auch deshalb ein Ort des Aufbruchs!

Daniel Mittler

Der Autor ist Fachreferent für internationale Umweltpolitik des BUND – Friends of the Earth Germany und Mitglied im Leitungskreis des Forum Umwelt und Entwicklung.

[1] *Zwar schließt der Begriff „Social" in seiner ursprünglichen Bedeutung andere gesellschaftliche Gruppen und Belange ein. Dies ist aber auch der Presse weltweit nicht zu vermitteln. In der Praxis wird die „Bewegung der Bewegungen" thematisch unvollständig wahrgenommen. Eine Umbenennung würde hier gegensteuern.*

Lokale Agenda 21 hält Einzug in den Kölner Karneval

Faire Kamelle im rheinischen Karneval

Eine schöne Idee ist konkret geworden: Die Faire Kamelle! Im Juni 2002 wurde die Kampagne „Jecke Fairsuchung – Faire Kamelle im rheinischen Karneval“ unter der Schirmherrschaft von Jean Pütz ins Leben gerufen.

Ziel ist es, möglichst viele Karnevalsgesellschaften, -vereine, Schulen und Aktive im rheinischen Karneval für diese neue Idee zu begeistern: Statt der ewig gleichen Kamelle, die eh kaum noch jemand gerne isst, gibt es jetzt ein umfangreiches Sortiment an Wurfgeschossen aus hochwertigen biologischen Rohstoffen aus sozialverträglicher Produktion.

Die speziell verpackten Schokotäfelchen, Sesamriegel, Waffelschnitten, Nüsse und Fruchtstreifen werden aus fair gehandelten Rohstoffen, statt aus Kunstaroma und Chemiecocktail – ohne Zwischenhandel und Umwege – von Bauernkooperativen aus z.B. Cuba, Bolivien und den Philippinen hergestellt. Statt Ausbeutung und Dumpingpreise erhalten die Produzenten einen deutlich über dem Weltmarktpreis liegenden Erlös für ihre Produkte. Darüber hinaus unterstützt der faire Handel mit Kamelle 11 soziale Projekte in 10 Entwicklungsländern (s. unten).

Erreichen möchten die Träger der Kampagne (u.a. Köln-Agenda, GEPA, EL PUENTE, Weltladen Bonn), dass mittelfristig mindestens 10 Prozent des Wurfmaterials aus fairem Handel stammen – im Straßenkarneval 2003 sollen bereits mindestens 10 Tonnen faires Wurfmaterial erreicht werden.

Kampagne zieht weite Kreise

„Der rheinische Karneval steht für Toleranz, Weltoffenheit und Lebensfreude. Macht mit, werft fair gehandeltes Wurfmaterial und tragt so dazu bei, dass es auch im Rest der Welt ein wenig lustiger und fairer zugeht!“, so der Kölner Fernsehmoderator Jean Pütz. Das war die Botschaft zum Kampagnenstart. Mittlerweile hat die Kampagne weite Kreise gezogen. Sie spricht nicht nur Jecke an und hierbei auch nicht nur Jecke aus Köln: So haben Vereine aus Düsseldorf, Neuss, Brühl und natürlich auch Köln schon einen hohen Anteil ihres Kamellebedarfs mit Fairen Kamelle gedeckt.

Quelle: Jecke Fairsuchung

Jean Pütz preist die Fairen Kamelle an

Verlosung für faires Engagement

Eine weitere öffentlichkeitswirksame Unterstützung dieser Kampagne haben die beiden Tatort-Kommissare Klaus J. Behrendt und Dietmar Bär initiiert. Sie stellen sich als Hauptpreis einer Verlosung für faires Engagement im Kölner Karneval zur Verfügung. Auf dem Rosenmontagszug 2003 in Köln wollen sie vom Festwagen des gewinnenden Vereins fair gehandelte Kamelle werfen. Bei der Verlosung kann jeder Kölner Verein, der aktiv am Rosenmontagszug teilnimmt, mitmachen. Beim Kauf eines speziell zusammengestellten „Fairen Paketes“ erhält man ein Gewinn-Los. Das Grundpaket kostet 1.111 EUR. Neben der finanziellen Hilfe für Kleinbauern geht gleichzeitig eine Spende an den Kölner Verein „Tatort – Straßen der Welt e.V.“ als Hilfe im Kampf gegen Kinderprostitution auf den Philippinen. Jedes weitere Paket wird dann für 1.000 EUR angeboten. Es stehen jedoch auch kleinere Pakete für z.B. 116 EUR etc. zur Verfügung.

Sortiment der Fairen Kamelle

Quelle: Jecke Fairsuchung

Karneval verantwortungsbewusst gestalten

Manche „Karnevalsmuffel“ mögen vielleicht jetzt denken, den Karneval insgesamt gelte es abzuschaffen. Nun, das ist eine Utopie und es stellt sich die Frage, ob es überhaupt angestrebt werden sollte. Zumindest ist mit der Kampagne ein guter Ansatz geboren, eine bestehende Tradition mit mehr Verantwortung zu gestalten.

Die Kampagne wird auch über das Jahr 2003 Bestand haben: Die Nordrhein-Westfälische Stiftung für Umwelt und Entwicklung beschloss die Förderung der Kampagne bis ins Jahr 2004.
Weitere Informationen unter
www.jeckefairsuchung.org oder
Stefan Kreutzberger,
Mediapark Süd, Sachsenring 2-4,
50677 Köln,
Tel.: 0221-9320514,
E-Mail: info@jeckefairsuchung.org.

Bettina Oehmen

Die Autorin ist Mitarbeiterin in der Projektstelle Forum Umwelt & Entwicklung.

Kommunikation und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie – ein Workshopbericht

Die Nachhaltigkeitsstrategie ist im Bundeskabinett verabschiedet worden, doch die eigentliche Arbeit beginnt erst jetzt: Wie kommunizieren wir die Strategie und vor allem wie setzten wir sie konkret um?

Zum einen wissen nur ca. 28% der deutschen Bevölkerung was Nachhaltige Entwicklung überhaupt bedeutet und zum anderen führt eine Strategie nicht von selbst zum Ziel. Nur breites Wissen und Verständnis in der Bevölkerung über die Zusammenhänge ermöglicht notwendige Veränderungen.

Aus diesem Grunde hat der DNR zusammen mit BUND, NABU und dem Bundesumweltministerium am 06. November 2002 in Berlin einen Workshop veranstaltet, in dem erfolgreiche Kommunikation und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie am Beispiel von Bildung, Lebensstilen und Konsummustern sowie Flächenverbrauch diskutiert wurden. Der Workshop ist Bestandteil des gemeinsamen Projektes „Die Umweltdimension der Nachhaltigkeitsstrategie", das durch einen modellhaften Konsultationsprozess die Umweltdimension der Nachhaltigkeitsstrategie beleuchtet will, um die gesellschaftlichen Gruppen zu verstärktem eigenverantwortlichen Engagement anzuregen.

Das Interesse an dem Workshop war unerwartet hoch und hat so deutlich gemacht, dass die Nachhaltigkeitsdebatte aktueller denn je ist. Die verschiedenen Beiträge und Diskussionen unterstrichen diese Einschätzung.

Praxisnähe und Wissenschaft

Nach einem kurzen Ausblick auf die Ergebnisse des Weltgipfels und deren Konsequenzen für die nationale Nachhaltigkeitsstrategie, folgte eine praxisnahe und wissenschaftliche Diskussion über die Rolle von Bildung und Kommunikation für eine nachhaltige Entwicklung. Die reine Umweltbildung muss erweitert werden zu einer Bildung für Nachhaltigen Entwicklung und schon bei Kindern eine lebensnahe und ganzheitliche Erziehung fördern, durch die Kinder kompetent und stark für eine nachhaltige Zukunft gemacht werden können.

Zudem wird für erfolgreiche Kommunikation von Nachhaltigkeit ein zielgruppenorientiertes Konzept benötigt, womit auch 'schwierige' Zielgruppen erreicht werden können und zu neuen An- bzw. Einsichten sowie nachhaltigeren Verhaltensweisen angeregt werden können.

Anhand von zwei Dialogforen „Nachhaltige Lebensstile" und „Flächenverbrauch" wurden exemplarisch Barrieren, Methoden, Maßnahmen und Instrumente für die Kommunikation und Umsetzung der Nachhaltigkeitsstrategie erarbeitet.

Ausblick

Bei der abschließenden Talkrunde konnte festgehalten werden, dass die Stärkung der ökologischen Dimension der Nachhaltigkeitsstrategie auf nationaler Ebene, unter Berücksichtigung europäischer und internationaler politischer Entwicklungen, zentral für die zukünftige Fortentwicklung der Nachhaltigkeitsstrategie ist.

Gerald Knauf

Der Autor ist Mitarbeiter beim Deutschen Naturschutzring (DNR)

"Nachhaltiges Deutschland - die Zukunft dauerhaft umweltgerecht gestalten"

Dies ist der Titel der zweiten Zukunftsstudie, die das UBA vor einigen Monaten veröffentlich hat. Sie vertieft die 1997 in der ersten Studie „Nachhaltige Entwicklung in Deutschland" untersuchten Bereiche Energie, Nahrungsmittelproduktion, Mobilität, Stoffstrommanagement und Konsum.

Die Studie zieht Bilanz der letzten 5 Jahre und diskutiert die weiteren Schritte von Wirtschaft und Gesellschaft auf dem Weg in eine nachhaltige Entwicklung. Dabei kommt die Studie zu der wenig verblüffenden Erkenntnis, dass seit Erscheinen der ersten Studie wichtige politische Weichenstellungen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung getroffen wurden, eine nachhaltige Entwicklung gleichwohl noch nicht erreicht ist. Grundlegende Trends gehen noch in die falsche Richtung. Für den Blick in die Zukunft, auf das Jahr 2030, bietet die Studie keine Prognose, sondern die Handlungsfelder sind anhand von drei Szenarien auf ihre Nachhaltigkeit untersucht worden. Bei ihnen werden unterschiedliche Rahmenbedingungen für die zukünftigen Entwicklungen vorgegeben. Folgende Szenarien werden betrachtet:

- Status quo-Szenario mit der Fortsetzung der gegenwärtigen Trends.
- Effizienz-Szenario mit der Vorgabe einer deutlichen Verbesserung der technischen Effizienz von Produkten und Produktionsverfahren,
- Nachhaltigkeits-Szenario mit der Annahme veränderter Rahmenbedingungen und individueller Werthaltungen.

Das Buch soll Mut machen, neue Wege zugunsten nachhaltiger und friedlicher Zukunft zu beschreiten. Nach eigener Einschätzung des UBA belegt die Studie, dass eine dauerhaft umweltgerechte Entwicklung möglich ist, ohne die Gesellschaft zu überfordern oder dem Einzelnen unzumutbare Opfer abzuverlangen. Allerdings stellt sich beim genauen Lesen dann heraus, dass manche notwendigen Veränderungen, noch nicht einmal im Nachhaltigkeitsszenario erreicht werden, geschweige denn bei dem die Gesellschaft wenig fordernden und zumutbaren Effizienzszenario.

Das Buch bietet sicherlich notwenige Visionen zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung. Es macht aber auch deutlich, dass ein Erreichen dieses Zieles wesentlich größerer Anstrengungen bedarf, als das UBA seinen Lesern (und der Gesellschaft) meint zumuten zu können.

Sylvia Lorek

Die Autorin ist Mitarbeiterin beim Sustainable Europe Research Institute (SERI)

Bezug: Nachhaltige Entwicklung in Deutschland: Die Zukunft Dauerhaft und umweltgerecht gestalten / Umweltbundesamt. – Berlin: Erich Schmidt, 2002 (Beiträge zur nachhaltigen Entwicklung), ISBN 3-503-06650-0, Umweltbundesamt, Postfach 33 00 22, 14191 Berlin, Tel.: 030 8903 0, Fax: 030 8903 22 85, Internet: http://www.umweltbundesamt.de

Klimagipfel in Neu Delhi: Kein Fenster in die Zukunft geöffnet

Ergebnisse der 8. Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention –

Die achte Vertragsstaatenkonferenz der Klimarahmenkonvention (COP 8), die vom 23. Oktober bis 1. November 2002 in Neu Delhi stattfand, hat nicht das Ergebnis erbracht, das diejenigen Kräfte erhofft hatten, die auf Fortschritte im globalen Klimaschutz drängen. Der Grund: Die Allianz der Bremser und Verhinderer, die in Saudi Arabien und den USA ihre wortmächtigsten Vertreter hat, war zu unbeugsam und zu stark positioniert. Auf der Ebene der technischen Detailverhandlungen wurden einige Fortschritte erzielt, die aber die generelle Bewertung von COP 8 als einer fehlgeschlagenen Konferenz nur wenig ändern.

Quelle: M. Treber/ Germanwatch

Plenarsaal bei der COP 8 in Neu Delhi - Am Rednerpult spricht gerade der Konferenzpräsident T.R. Baalu (2.v.l.) aus Indien

Die Umstände vor Ort deuteten durchaus darauf hin, dass COP 8 ihrem Schicksal einer bedeutungslosen „Durchgangs"-Konferenz, als die sie nach dem überaus ereignisreichen Klimajahr 2001 gehandelt wurde, entgehen könne. Denn in der gastgebenden Stadt fielen einige erfreuliche Fortschritte im Umweltschutz ins Auge. Die meisten Motor-Rikschas, Taxen und Busse werden nach Erlass einer entsprechenden Verordnung seit knapp zwei Jahren mit Erdgas betrieben, was die lokale Luftqualität spürbar verbesserte. Die indische Eisenbahn ist ein wichtiger, stark nachgefragter Verkehrsträger und ist aufgrund ihrer hohen Auslastung in puncto Energieeffizienz vorbildlich. Darüber hinaus wird der Bevölkerung und der politischen Elite gegenwärtig „vor der Haustür" vorgeführt, welche drastischen Auswirkungen der Klimawandel für ihre Region haben kann. Der an Delhi angrenzende Bundesstaat Rajastan leidet derzeit unter einer Dürre aufgrund der seit Jahren abnehmenden und z.T. ganz ausbleibenden Niederschläge, die mittlerweile dramatische Folgen für die Ernährungssituation tausender Menschen zeitigt. Aufgrund dieser Indizien durfte man auf ein beherztes Auftreten des Gastgeberlandes, das auch die COP-Präsidentschaft stellte, hoffen – und wurde umso mehr enttäuscht.

Der (einzige) Fortschritt steckt im Detail

Um mit dem Positiven anzufangen. Auch die Verhandlungen in Neu Delhi haben eine Reihe von Beschlüssen herbeigeführt, die dem Klimaregime einige Mosaiksteinchen mehr hinzufügten. So wurde der „Clean Development Mechanism" (CDM) soweit ausgestaltet, dass er arbeitsfähig ist. Es wurden Regeln für das CDM-Aufsichtsgremium („Executive Board") festgelegt und vereinfachte Modalitäten für die Durchführung kleinerer Projekttypen vereinbart. Aufgrund der erzielten Fortschritte erwartet das UN-Klimasekretariat, dass bereits bis Frühjahr 2003 erste CDM-Projekte genehmigt werden. Des weiteren wurden verbesserte Richtlinien für die Berichterstattung von Industrie- wie auch Entwicklungsländern über Emissionsinventare und Klimaschutzmaßnahmen beschlossen. Der Vierte Nationalbericht der Industrieländer soll Januar 2006 vorliegen. Mit dem „New Delhi Work Programme on Art. 6 of the Convention" wurde zudem ein 5-Jahresplan von Aktivitäten aufgelegt, der die Zielsetzung verfolgt, das Thema „Klimawandel" vermehrt in das Bildungssystem zu integrieren, das öffentliche Bewußtsein zu stärken und den Zugang zu „verständlichen" Informationen zu erleichtern. Nicht zuletzt auf das beständige Drängen der Entwicklungsländervertreter sind schließlich die zu verzeichnenden Fortschritte bei der Einsetzung der im letzten Jahr beschlossenen Klimaschutzfonds zurückzuführen, die die besonders betroffenen Länder des Südens bei der Umsetzung von Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel unterstützen sollen.

Die Delhi-Deklaration und ihre Genese

Schon lange vor der Konferenz war vom indischen Umweltminister T. R. Baalu die Verabschiedung einer Deklaration als zentrales politisches Ergebnis von COP 8 vorangetrieben worden. Darin sollte aus Sicht des Gastgebers insbesondere die Bedeutung von Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel im Klimaregime gestärkt und die Priorität von (nachhaltiger) Entwicklung für die Länder des Südens hervorgehoben werden. Die EU wiederum erhoffte sich angesichts des bevorstehenden Inkrafttretens des Kyoto-Protokolls, in der Deklaration die Initiierung eines Prozesses zur Fortentwicklung des Protokolls für die Zeit nach 2012 zu verankern. Angesichts der Notwendigkeit eines gesteigerten Klimaschutzes, die der letztes Jahr veröffentlichte dritte Sachstandsbericht des IPCC (Third Assessment Report – TAR) nochmals vor Augen geführt hatte, sollte ein „Fenster" aufgestoßen werden, das den Blick auf die zukünftigen Heraus-

Quelle: B.Brouns/ Wuppertal Institut

Parallel zu COP 8 fand der „Climate Justice Summit" (26.-28.10.) statt, zu dem sich mehr als 1500 Teilnehmer aus 17 indischen Bundesstaaten und NGO-Delegierte aus über 20 Ländern einfanden. Die dort verabschiedete „Delhi Climate Justice Declaration" ist unter www.CorpWatchIndia.org/issues/PID.jsp?articleid=3044 einsehbar. Zum Abschluß des „Climate Justice Summits" demonstrierten mehr als 5000 Menschen auf den Straßen von Neu Delhi, um ihrer Unzufriedenheit mit den UN-Klimaverhandlungen Ausdruck zu verleihen und angesichts bereits festzustellender Auswirkungen des Klimawandels zu schnellem Handeln zu mahnen.

forderungen an die Klimadiplomatie ermöglicht, um für diese in den kommenden Jahren gut gerüstet zu sein.

Anfang der zweiten Woche von COP 8 legte COP-Präsident T.R. Baalu den lange erwarteten Entwurf für die Deklaration vor – die Enttäuschung hätte kaum größer sein können. Bei aller Fokussierung auf die Themen „Anpassung" und „Entwicklung" fand sich in dem Papier keinerlei Erwähnung der TAR-Ergebnisse und folgerichtig fehlte auch jeder Hinweis auf eine Weiterentwicklung internationaler Klimaschutzpolitik. Als kennzeichnend für die Qualität und die Absicht dieses Entwurfs mag die Tatsache gelten, dass der Begriff „Kyoto-Protokoll" nicht einmal Erwähnung fand. Statt dessen wurde vom „Prozess, der durch das Berliner Mandat initiiert wurde", gesprochen, als sei der Auftrag des Berliner Mandats mit der Verabschiedung des Kyoto-Protokolls nicht bereits 1997 erfüllt worden. Ein Schelm, der Böses dabei denken würde. Nach einer kontroversen Diskussion unterbreitete Baalu drei Tage später einen neuen Vorschlag – und auch dieser ließ sehr zu wünschen übrig. Zwar war nun das Kyoto-Protokoll und ein Aufruf zu dessen Ratifizierung enthalten, jedoch in einer Formulierung, die weit hinter dem auf dem diesjährigen Weltgipfel für Nachhaltige Entwicklung in Johannesburg beschlossenen Formelkompromiß zurückfiel.

Auch wenn der vehemente Einsatz der EU schließlich verhinderte, dass die letztlich beschlossene Deklaration („The Delhi Ministerial Declaration on Climate Change and Sustainable Development") in vielen Formulierungen hinter die in Johannesburg erzielten Ergebnisse zurückfiel, stellt sie eine vertane Chance dar. Nicht der entfernteste Hinweis auf Verhandlungen zu zukünftigen Vereinbarungen über Emissionsbegrenzungen nach 2012 ist enthalten und selbst der schließlich doch noch berücksichtigte TAR findet sich nur in der Präambel wieder. Die von einem solchen auf Ministerebene vereinbarten Papier durchaus zu erwartende Impulskraft für den Verhandlungsprozess tendiert in diesem Falle gegen Null, selbst den beiden Themen der „Anpassung" und der „Nachhaltigen Entwicklung" wird die Deklaration nur in sehr beschränktem Maße zu einen Bedeutungszuwachs verhelfen.

Multilateralismus versus US-Hegemonie

Wirft man einen Blick auf die Akteurskonstellation während der Verhandlungen, so lässt dies wenig gutes für die Zukunft vermuten. Hatten die USA sich nach ihrem Rückzug vom Kyoto-Protokoll im März 2001 weitestgehend von den Verhandlungen um die Ausgestaltung des Protokolls in Bonn (COP 6bis) und Marrakesch (COP 7) ferngehalten, so wurde spätestens in Neu Delhi offensichtlich, dass sie von nun an, wieder aktiv in die Verhandlungen eingreifen. Dies geschieht nicht nur durch direkte Interventionen bei den eigentlichen Verhandlungen, sondern auf vielfältigen anderen Kanälen hinter den Kulissen. So schafften sie es im Verbund mit Saudi Arabien immer wieder, die Verhandlungen zu blockieren oder eben jegliche Substanz aus den Beschlüssen zu verbannen. Auffällig war auch die stete Zustimmung der US-Delegation zu den Deklarationsentwürfen der indischen COP-Präsidentschaft – da zahlten sich wohl die diplomatischen Bemühungen im Vorfeld der Konferenz aus. An Dreistigkeit kaum mehr zu überbieten war schließlich der Hinweis der USA mit Blick auf die EU-Bemühungen um eine Fortentwicklung des Regimes, „es sei unfair auf Emissionsziele für Entwicklungsländern zu drängen", wo dies doch eigentlich die ureigenste Domäne der USA ist. Dem aufmerksamen Beobachter drängt sich allzu sehr der Eindruck auf, dass die US-Strategie darauf abzielt, den gesamten multilateralen Prozess der UN-Klimaverhandlungen (und nicht nur das Kyoto-Protokoll) zu sabotieren und zum Stillstand zu bringen. Vor diesem Hintergrund fügen sich auch die im Laufe der letzten Monate von den USA mit 14 anderen Staaten (darunter Indien und Italien) getroffenen bilateralen Vereinbarungen zur Kooperation im Klimaschutz in ein schlüssiges Gesamtbild.

Doch auch die EU muss sich vorwerfen lassen, mit ihrem unvorbereiteten Drängen auf die Fortentwicklung des Kyoto-Prozesses der Einvernahme der Entwicklungsländer durch die USA und die OPEC in die Hände gespielt zu haben. Bildeten die EU im Klimajahr 2001 noch eine konstruktive Allianz mit der G77, die erst die Beschlüsse von Bonn und Marrakesch

trotz des Rückzugs der USA ermöglichte, so waren die beiden Staatengruppen auf COP 8 so weit voneinander entfernt wie schon lange nicht mehr. Diese Kluft wieder zu schließen, muss eine zentrale Aufgabe der EU im Jahr 2003 sein, denn für die nächste Runde internationaler Klimaverhandlungen, in der es gilt, die Emissionsziele den tatsächlichen Erfordernissen anzupassen, spielen die Entwicklungsländer eine Schlüsselrolle. Doch auch diese müssen sich bis dahin aus den Fesseln der OPEC-Staaten befreien, die aus naheliegenden Gründen jegliche Bemühungen im internationalen Klimaschutz sabotieren.

Und was nun?

Für die nächsten Monate muss weiterhin das Inkrafttreten des Kyoto-Protokolls auf der klimapolitischen Agenda höchste Priorität besitzen. Insbesondere nach den positiven Entwicklungen in Kanada, dessen Ratifizierungsprozess evtl. noch dieses Jahr abgeschlossen wird und dessen Delegierte auch während COP 8 eine vergleichsweise kooperative Rolle spielten, ist allein Rußland das Zünglein an der Waage. Auch wenn der russische Präsident Putin mehrfach seinen Willen zur Ratifikation bekundet hat und die russische Regierung dem Protokoll ebenfalls positiv gegenüber eingestellt ist, bleiben letzte Zweifel, da die Ratifizierung letztlich von der Duma, dem russischen Parlament, vorgenommen werden muss (vgl. dazu www.germanwatch.org/rio/c8-kber.htm#30). Irritationen löste Russland auf COP 8 zudem durch die Vorstellung der Planungen für eine in Moskau stattfindende „wissenschaftliche" Klimakonferenz („World Climate Change Conference", 29. September - 3. Oktober 2003) aus. Auf dieser sollen auch Alternativen zum Kyoto-Protokoll diskutiert werden. Die gesteigerte Aktivität der USA bei der Vorbereitung dieser Konferenz (u.a. findet eine Vorbereitungskonferenz in den USA statt), lässt doch einige Zweifel an deren Zielsetzung aufkommen. Vor diesem Hintergrund gilt es für die EU und die deutsche Regierung (und auch für ParlamentarierInnen) auf allen diplomatischen Kanälen auf eine russische Ratifikation noch im Frühjahr 2003 hinzuwirken, um das Inkrafttreten des Protokolls nicht zu gefährden.

Ein letzter Beschluss des Klimagipfels soll noch Erwähnung finden. Gastgeber von COP 9 im Dezember 2003 wird voraussichtlich Italien sein. Im Falle des rechtzeitigen Inkrafttretens des Kyoto-Protokolls könnte dieser Konferenz eine hohe Bedeutung zukommen, da sie dann zugleich die erste Vertragsstaatenkonferenz des Protokolls (COP/MOP 1) wäre. Trotz letzter Zweifel an der Motivation der Berlusconi-Regierung, COP 9 zu veranstalten, und deren intensivierten bilateralen Beziehungen zu den USA im Klimaschutz bleibt zu hoffen, dass auf COP/MOP 1, in deren Rahmen nur Mitgliedsstaaten des Kyoto-Protokolls Stimmrecht besitzen, eine konstruktivere Verhandlungsatmosphäre herrscht. Vielleicht kann dann ja auch das „Fenster in die Zukunft" geöffnet werden?

Bernd Brouns, Manfred Treber

Weitere Infos zu COP 8 im Internet:

Bundesumweltministerium:
http://www.bmu.de/sachthemen/energie/headlines_klima_acht.php
Climate Action Network – Europe:
http://www.climnet.org/COP8/COP8.htm
GERMANWATCH:
http://www.germanwatch.org/
UN-Klimasekretariat:
http://unfccc.int/cop8/index.html
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie:
http://www.wupperinst.org/COP8/index.html

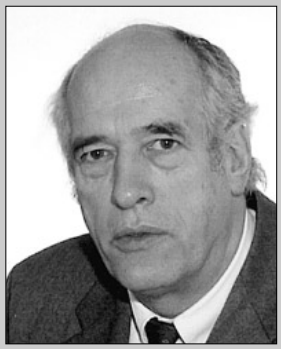
Bernd Brouns ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Klimapolitik des Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie; Manfred Treber ist Klima- und Verkehrsreferent bei GERMANWATCH; beide sind Koordinatoren der AG Klima des Forum Umwelt & Entwicklung

Nachruf

Michael Baumann ist tot

Am 30. Oktober verstarb Michael Baumann gänzlich überraschend während eines Auslandsaufenthaltes in Bangkok. Für seine Frau und seine Familie, aber auch für die Eine-Welt-Politik in Deutschland reißt sein Tod eine nicht zu schließende Lücke.

Michael Baumann wurde 1946 in Schwerin geboren. Er promovierte als Volkswirtschaftler in Heidelberg und war lange Jahre in Bonn und Brüssel für die Bundesregierung (davon zehn Jahre im Wirtschaftsministerium) tätig. Unter anderem war er Anfang der 90er Jahre an den Verhandlungen zum Einigungsvertrag beteiligt. Von 1994 bis 1998 war Michael Baumann Staatssekretär im Sozialministerium von Mecklenburg-Vorpommern unter der Leitung Hinrich Kuessners (SPD), für den er zuvor schon im Treuhandausschuss des Bundestages gearbeitet hatte. Michael Baumann war Sachverständiger in der Enquete-Kommission des Deutschen Bundestages „Globalisierung der Weltwirtschaft", Mitglied im Eine Welt Forum beim Parteivorstand der SPD und stellvertretender Vorstandsvorsitzender von Germanwatch.



Der Blick über den Tellerrand war ihm genauso zu eigen wie ein ausgeprägtes Gespür für Ungerechtigkeiten im Nahbereich. Unverzichtbar waren für ihn das Querdenken, interdisziplinäre Analyse und eine dem Gedanken von Kohärenz und Nachhaltigkeit verpflichtete Politik.

Seine große Lebendigkeit, seine Herzlichkeit und Hilfsbereitschaft, seine Verlässlichkeit und sein Überblick, seine Großzügigkeit und sein Ideenreichtum werden fehlen.

Veranstaltungen/Termine

Wege in eine gerechtere Welt - Alternativen zur neoliberalen Weltwirtschaftsordnung

Seminar und Teach-In
10. - 12. Januar 2003
Stuttgart
Diese Veranstaltung findet statt im Rahmen der Reihe "Unsere Welt ist keine Ware - Beiträge zur Kampagne gegen WTO und GATS". Am Freitag finden Impulsreferate zum Thema "Perspektiven für eine Neugestaltung der globalisierten Welt" statt. Das Seminar beginnt am Samstag um 9.30 Uhr mit dem Schwerpunktthema "Von der Konkurrenz zur Kooperation -Konturen einer anderen Wirtschaft". Eine vertiefende Arbeit findet in sich anschließenden Arbeitsgruppen statt. Das Seminar endet am Sonntag mit einem Plenum.
Informationen:
Carol Bergin
Nauklerstraße 13
72074 Tübingen
Tel.: 07071-52517
Fax: 07071- 255609
E-Mail:
carol.bergin@t-online.de
www.unsere-welt-ist-keine-ware.de

Der Wald besteht aus Holz - Waldnaturschutz kontra Ökonomische Nutzung?

Tagung
17. - 19. Januar 2003
Ev. Akademie Iserlohn
Ein Wald, der viele Funktionen erfüllt, also multifunktional ist, ist auch ein nachhaltig genutzter Wald. Doch wie sieht die Praxis einer multifunktionalen nachhaltigen Forstwirtschaft aus? Werden die Zielsetzungen eines nachhaltigen Wald-Naturschutzes erreicht? Viele Akteure, also die Waldbesitzer, die Naturschützer sowie die Politik wollen auf unterschiedlichen Wegen zu diesen Zielen beitragen. Eine wichtige Rolle wird die Zusammenarbeit zwischen Naturschutz, Forstbehörden und Waldbesitzern einnehmen. Die Abschlussrunde wird sich damit beschäftigen wie eine zukunftsorientierte Forstpolitik und Waldwirtschaft aussehen sollte.
Informationen:
Ev. Akademie
Berliner Platz 12
58638 Iserlohn
Tel.: 02371-352-145
Fax: 02371-352-299
E-Mail: g.huckenbeck@kircheundgesellschaft.de

Freihandel für Agrarprodukte? Welche Auswirkungen werden die WTO-Agrarverhandlungen für die Landwirte weltweit haben?

Fachtagung
20. Januar 2003
Berlin, Grüne Woche, 9-18 Uhr in Saal 10 ICC
Zielgruppe dieser Fachtagung sind Experten aus den Bereichen Politik, Landwirtschaft, Zivilgesellschaft und Erwachsenenbildung. Ziel der Fachtagung ist es, den Stand der Agrarverhandlungen kennenzulernen, zu bewerten und zu Schlussfolgerungen für die eigene Arbeit zu kommen. Vorträge und Diskussionen finden u.a. zu folgenden Themen statt: Der Stand der Agrarverhandlungen in Genf. Folgen der Ergebnisse der Verhandlungen für Landwirte und Landarbeiter in Entwicklungsländern. Auswirkungen der Agrarverhandlungen auf nachhaltige Landwirtschaft und ländliche Entwicklung in Deutschland. Folgen der Ergebnisse der Verhandlungen für Landwirte in Deutschland. Vorstellung von Maßnahmen zur Verringerung von Dumping und seinen negativen Auswirkungen, die bei den Verhandlungen eine Rolle spielen. Die Teilnahme ist kostenlos, für die Verpflegung wird ein Unkostenbeitrag erhoben. Um Anmeldung bis zum 6.1.2003 wird gebeten:
Informationen:
Germanwatch
Dr. Rainer Engels
Kaiserstraße 201
53113 Bonn
Tel.: 0228-60492-15
Fax: 0228-60492-19
E-Mail:
engels@germanwatch.org

Spiele zum Thema "Entwicklungsland Deutschland"

Seminar
24. - 26. Januar 2003
Hamburg
In diesem Seminar werden erfahrungsorientierte Spiele und Übungen vorgestellt, die entwicklungspolitische und ökologische Inhalte sowie die Notwendigkeit kooperativen Handelns auf spannende und ungewöhnliche Weise thematisieren. Sie lassen das abstrakte Leitbild der nachhaltigen Entwicklung zu einer lebendigen Erfahrung werden. So können auch komplexe Zusammenhänge anschaulich und eingängig vermittelt werden.
Informationen:
EED - Bildungsstelle Nord
Tel.: 040/605 2559
Fax: 040/605 2538
E-Mail:
eed@haus-am-schueberg.org

Wie wird der Landwirt zum Energiewirt?

Konferenz
30. - 31. Januar 2003
Bonn
EUROSOLAR veranstaltet zum 5. Mal die jährliche Konferenz "Der Landwirt als Energie- und Rohstoffwirt". Dieses Motto ist seit der 1. Konferenz zum geflügelten Wort für eine neue Perspektive der Land- und Forstwirtschaft geworden. Für die Landwirtschaft eröffnet sich die historische Chance, nach 200 Jahren industrieller Entwicklung erstmals wieder ein wachsender Wirtschaftsfaktor mit zentraler gesamtwirtschaftlicher Bedeutung und Motor einer ökologischen Zukunftsvorsorge zu werden. Die vergangenen Konferenzen haben Impulse gesetzt, die zunehmend höhere Wellen schlagen. Diese Impulse haben auch eine vielfach unvollständig argumentierende wissenschaftliche Diskussion über Biomasse belebt und Initiativen in der Politik und der Landwirtschaft angeregt. Dies soll auf dieser Konferenz fortgeführt werden.
Informationen:
EUROSOLAR
Kaiser-Friedrich-Str. 11
53113 Bonn
Tel.: 0228-362373
Fax: 0228-361279
E-Mail:
inter_office@eurosolar.org
www.eurosolar.org

Marktplatz für anderes Reisen

13. Reisepavillon
31. Januar - 2. Februar 2003
Hannover, Messegelände
2003 wird der Reisepavillion, die Messe und Informationsveranstaltung für nachhaltigen Tourismus erstmals auf dem Messegelände Hannover. Die Parallelität zur ABF/"Auto Boot und Freizeit" und der neue Ort ermöglichen die Teilnahme weiterer Ausstellergruppen und eine breitere Publikumsansprache. Die Aussteller werden aufgefordert, in einer Selbstverpflichtungserklärung ihren besonderen Beitrag zum nachhaltigen Tourismus zu erläutern.
Informationen:
Reisepavillon - Marktplatz für anderes Reisen
Hausmannstraße 9-10
39159 Hannover
Tel.: 0511-1694167
Fax.: 0511-1640391
E-Mail:
info@reisepavillon-online.de
www.reisepavillon-online.de

Entwicklungspolitik im Internet

Seminar
21. - 22. Februar 2003
Hamburg
Dieses Seminar bietet die Möglichkeit, sich mit den entwicklungspolitisch relevanten Informations- und Kommunikationsdiensten vertraut zu machen. Werkzeuge und Strategien für eine gezielte Suche im worldwideweb werden vorgestellt und ausprobiert.
Informationen:
EED - Bildungsstelle Nord
Tel.: 040/605 2559
Fax: 040/605 2538
E-Mail:
eed@haus-am-schueberg.org

Veranstaltungen/Termine

Fernstudienkurs Europäisches Umweltrecht 2003

Fernstudium
15. März 2003
Universität Koblenz-Landau

Seit zwei Jahren führt die Universität Koblenz-Landau jeweils im Sommersemester einen Fernstudienkurs zum europäischen Umweltrecht durch. An eine dreimonatige Fernstudienphase mit schriftlichen Studienunterlagen und Internetbetreuung schließt sich ein zweitägiges Abschlussseminar an. Inhaltliche Schwerpunkte bilden u.a. die Geschichte und Strukturen der Europäischen Union, ökonomische Instrumente sowie eine aktuelle Übersicht über das gesamte europäische Umweltrecht in den Bereichen Atmosphärenschutz, Chemikalien, Lärm, Abfall, Gewässerschutz, Bodenschutz, Naturschutz und Landschaftsplanung. Das Weiterbildungsangebot wendet sich in erster Linie an Ingenieure und Naturwissenschaftler, aber auch Absolventen anderer Fachrichtungen können zugelassen werden. Bei fehlendem Hochschulabschluss wird eine berufliche Tätigkeit im Umweltbereich vorausgesetzt.
Englisch-Kenntnisse sind erforderlich. Anmeldeschluss ist der 15. März 2003.

Informationen:
Universität Koblenz-Landau
Zentrum für Fernstudien und Universitäre Weiterbildung
Postfach 201 602
56016 Koblenz
Tel.: 0261/287-1520 / -1522
Fax: 0261/287-1521
E-Mail: eelaw@uni-koblenz.de
http://www.uni-koblenz.de/eelaw

Zu wessen Nutzen? Die Investitionsverhandlungen und die Folgen für eine nachhaltige Entwicklung

Internationale Konferenz
28. - 29. April 2003
Bonn

Auf der nächsten WTO-Ministerkonferenz in Mexiko (Cancun) 2003 soll nach dem Willen der EU der Startschuss für Verhandlungen über ein multilaterales Investitionsabkommen fallen. Es besteht die Gefahr, dass dieses Abkommen insbesondere die Rechte transnationaler Investoren stärkt, ohne auf ökologische, soziale und entwicklungspolitische Konsequenzen Rücksicht zu nehmen.
Auf der Tagung werden die Vorschläge für das Investitionsabkommen in der WTO aus ökologischer und sozialer Sicht problematisiert. Zudem geht es neben der Vernetzung mit internationalen NRO und Gewerkschaften um den Austausch mit Medienvertretern, EU- Kommission und Bundesregierung. Die Konferenzsprache ist englisch

Informationen:
Antje Schultheis
Forum Umwelt und Entwicklung
Projektstelle Handel, Umwelt und nachhaltige Entwicklung
Am Michaelshof 8-10
53177 Bonn
Tel.: 0228-3681010
E-Mail:
handelsprojekt@forumue.de

Publikationen

Brennpunkt Wälder - Bilanz 10 Jahre nach der Rio-Konferenz zum Zustand globaler Waldressourcen und zum Stand der internationalen und nationalen Waldpolitik

Das Thema Waldnutzung und Walderhalt war bereits in Rio 1992 eines der dominierenden Verhandlungsthemen und steht 10 Jahre nach Rio unverändert und weitgehend ungelöst auf der politischen Agenda. Von Entspannung im Sektor Wald und Waldzerstörung kann keine Rede sein. Im Gegenteil, der Schwund und die Degradierung der Wälder weltweit ist ungebrochen. Die Umwandlung von Wald in landwirtschaftliche Flächen und eine unzureichende Umsetzung bestehender Waldschutzgesetze gelten heute als die wichtigsten Ursachen der Waldverluste. Nationale Politiken und auch die internationale Staatengemeinschaft haben auf die Herausforderung zum Gegensteuern bislang höchst unzureichend reagiert. Zu all diesen Themen und noch weiteren Fragen gibt diese Bilanzbroschüre einen Überblick, Antworten und einen Ausblick auf das Brennpunktthema Wälder.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn,
Tel.: 0228-359704,
Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de,
www.forumue.de,
www.rio-10.de,
Einzelexemplare sind kostenlos, weitere Exemplare kosten pro Stück
1€ zzgl. VK.

Nachhaltigkeit Lokal - Lokale Agenda 21 in Deutschland. Eine Zwischenbilanz 10 Jahre nach Rio

Seit dem Weltgipfel in Rio sind in vielen europäischen Kommunen große Anstrengungen unternommen worden, zukunftsfähige Programme und Projekte zu initiieren und umzusetzen. Die Lokalen Agenda 21-Prozesse haben sich dabei sehr vielseitig entwickelt. Es ist Zeit, Bilanz zu ziehen: Was wurde seit Rio 1992 erreicht? Wie steht es aktuell um die Lokale Agenda 21? Wie können Agenda-Prozesse stabilisiert werden, wie können sie effektiver ablaufen, was müsste in Politik, Wirtschaft, Verwaltung und Gesellschaft verändert werden? Auf diese Fragen versucht die Bilanzbroschüre eine Antwort zu geben.

Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn,
Tel.: 0228-359704,
Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de,
www.forumue.de,
www.rio-10.de,
Einzelexemplare sind kostenlos, weitere Exemplare kosten pro Stück
1€ zzgl. VK.

Beharrlich in kleinen Schritten: 50 Jahre Natur- und Umweltschutz in Deutschland

Professor Engelhardt ist über die Jahrzehnte eine Institution im deutschen Natur- und Umweltschutz geworden. Niemand sonst hat über volle 50 Jahre hin die Entwicklung des Natur- und Umweltschutzes in Deutschland so miterlebt und in bestimmten Bereichen so mitgestaltet wie er. Sein guter Rat ist gefragt, von seinen Erfahrungen lernen ungezählte Naturschützer, Politiker und alle, die Verantwortung tragen für die Umwelt. So lag es nahe ihn zu bitten, diese Erfahrungen aufzuschreiben: Keiner könnte überzeugender und kompetenter eine Rückschau geben auf die Geschichte des Natur- und Umweltschutzes in Deutschland.
Es ist die Hoffnung des Autors, dass über die Schilderungen seiner Erlebnisse und Beschreibungen einstiger Handlungen in der Umweltpolitik seine Nachfolger in allen Bereichen und die vielen jungen Aktiven in der aktuellen Um-

Publikationen

weltpolitik Anregungen und Impulse aufnehmen können, die ihnen für eine erfolgreiche Arbeit hilfreich sind.
Bezug:
www.erich-schmidt-verlag.de,
ISBN 3-503-07041-9,
19,80 €.

Zwischen Schutz und Nutzung - 10 Jahre Konvention über Biologische Vielfalt

1992 herrschte Aufbruchstimmung. UNCED, die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung, schien damals vielen als der Startschuss in ein neues Zeitalter. Nun ist es Zeit, Bilanz zu ziehen. Es mangelt an der Umsetzung der gesetzten Maßnahmenkataloge, die Umweltzerstörung geht ungebremst weiter, so der allgemeine Tenor vieler Nichtregierungsorganisationen.
Die Konvention über Biologische Vielfalt (Convention on Biological Diversity, CBD) ist eines der wichtigsten Produkte der Rio-Konferenz. Wenn allgemein Bilanz gezogen wird, stellt sich daher die Frage, ob im Bereich Biodiversität besondere Bewegung zu beobachten ist. Um dies zu beantworten, werden in dieser Bilanzbroschüre die Konvention, ihre Geschichte und Arbeitsweise, zunächst vorgestellt.
Bezug:
Forum Umwelt & Entwicklung,
Am Michaelshof 8-10,
53177 Bonn,
Tel.: 0228-359704,
Fax: 0228-92399356,
E-Mail: info@forumue.de,
www.forumue.de,
www.rio-10.de,
Einzelexemplare sind kostenlos, weitere Exemplare kosten pro Stück
1€ zzgl. VK.

Steter Tropfen aus dem Stein

Die neue Ausgabe der transdisziplinären Zeitschrift für Umweltforschung GAIA widmet sich den Bergen und baut eine Brücke zwischen dem Jahr der Berge 2002 und dem Jahr des Süßwassers 2003. Der Schwerpunkt des Heftes beleuchtet die Rolle der Gebirge für die Versorgung der Menschen mit Wasser. Berge sind die Wassertürme der Erde - die meisten großen Flüsse entspringen dort, die Gebirgsgletscher sind ein gigantischer Süßwasserspeicher. Um so bedenklicher, dass der Mensch im Begriff ist, sich im wörtlichen Sinne selbst das Wasser abzugraben. In sechs Beiträgen zeigt diese Ausgabe, wie die Wissenschaft die Probleme analysiert und in Lösungsmöglichkeiten übersetzt.
Bezug:
pan Adress,
Semmelweisstr. 8,
82152 Panegg,
Tel.: 089-85709155,
Fax: 089-85709131,
E-Mail: haupt@oekom.de,
www.gaia-online.net oder
19€.

Eindrucksvoller Bildband zur Hochwasserflut in Sachsen

Die beiden Autoren Nick Reimer und Matthias Rietsch haben ein aufrüttelndes Buch geschaffen, das sicherlich dazu beiträgt, den Flutopfern in Sachsen zu helfen. Im ersten Kapitel "Stürzendes Wasser" wird von den Fluten der Mulde, Müglitz, Zschopau, der Bobritzsch, Flöha und Weißeritz berichtet. Das zweite Kapitel beschreibt die steigende Flut des Elbwassers in Dresden und Umgebung. Es enthält auch eine tagebuchartige Chronologie der Ereignisse vom 15. bis zum 17. August 2002 in der Stadt. Das dritte Kapitel illustriert die Zerstörungskraft des Wassers, Kapitel vier den zaghaft beginnenden Wiederaufbau, die sagenhaften Hilfsaktionen und die Aufarbeitung der Katastrophe durch die Betroffenen. Über 200 beeindruckende Fotos von 24 Fotografen dokumentieren die Ereignisse. Der Reinerlös aus dem Verkauf des Buches kommt der Freien Werkschule Meißen zugute.
Bezug:
ISBN 3-930382-79-2,
Michael Sandstein Verlag,
18€.

Giftiges Wasser, schmutziges Geld

Seit Sommer 2001 bauen sechs internationale Ölgesellschaften in Ecuador eine politisch umstrittene Schwerölpipeline. Finanziert wird das Projekt u.a. von der Westdeutschen Landesbank. Die Auseinandersetzung um die Schwerölpipeline ist in vieler Hinsicht ein politisches Lehrstück. Um das Projekt mit seinen unterschiedlichen Aspekten thematisieren zu können, war eine mehrmonatige Recherche in Ecuador nötig. Entstanden ist dieses Öldossier mit dem Titel "Giftiges Wasser, schmutziges Geld" sowie eine Diashow . Im Internet können die Materialien kostenlos studiert werden. Sie sind aber auch auf CD-ROM erhältlich.
Bezug:
Global Aware Deutschland,
Rothestraße 66,
22765 Hamburg,
Tel.: 040 3990-1339,
E-Mail:
michael@GlobalAware.org,
www.GlobalAware.org/,
10 € zzgl. 2,50 € VK.

Wasser - Leben für alle?

Ohne Wasser gibt es kein Leben. Aber 1,2 Milliarden Menschen verfügen nicht über einen Trinkwasseranschluss und etwa doppelt so viele haben keinen Anschluss an ein Abwassersystem. Wasser gilt auch als einer der wesentlichen Konfliktstoffe im 21. Jahrhundert. Der Kampf ums Wasser wird zunehmen zwischen Städtern und Dörflern, aber auch zwischen Staaten.
Die Broschüre gibt einen Überblick über die Materiallage zu diesen globalen Aspekten der Wasserthematik. Kurze Kommentare und Beschreibungen der einzelnen Materialien erleichtern die Benutzung.
Bezug:
Infozentrum Dritte Welt,
Overwegstr. 31,
44625 Herne,
Tel.: 02323-994970,
Fax: 02323-9949711,
E-Mail: info@blueplanet-ev.de

Der globale Klimawandel - das perfekte Verbrechen?

Hintergründe und Fakten zum globalen Klimawandel und seinen Folgen, insbesondere für Entwicklungsländer, liefern die CD-ROM und das Arbeitspapier "Der Globale Klimawandel: Das perfekte Verbrechen?". Wer sind die Täter und wer die Opfer des globalen Klimawandels? Was sind die Motive und welche Lösungsansätze gibt es? Und wer zahlt die Schäden, die der Klimawandel verursacht?
Bezug:
Germanwatch,
Kaiserstr. 201,
53115 Bonn,
Tel.: 0228-604920,
Fax: 0228-604919,
E-Mail:
radosh@germanwatch.org,
www.germanwatch.org,
CD-Rom: 2,50 €;
Arbeitspapier: 3,00€
zzgl. 2€ VK.

Bleibenzin - eine schwere Geschichte

In diesem Buch zeichnen fachkundige Schweizer Experten die ökologischen, ökonomischen und politischen Aspekte eines spannenden Stücks Umweltgeschichte am Beispiel der Schweiz nach. Die ökologischen Folgen des Bleibenzins werden dargestellt und umwelt- und sozioökonomische Kosten-Nutzen-Analysen diskutiert. Die schwere Geschichte des Bleibenzins stellt viele Parallelen zu anderen Umweltgiften her und ist damit ein typisches Beispiel für den Umgang der Menschheit mit Umweltgefahren.
Bezug:
pan Adress,
ökom Leserservice,
Semmelweisstr. 8,
82152 Panegg,
Tel.: 089-85709155,
Fax: 089-85709131,
E-Mail: haupt@oekom.de,
www.oekom.de,
19€.